Bezugspreis für Oktober durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger
und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel, und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 28. Oktober 1927 **76. Jahrgang. Nr. 1105**

Dr. Schachts Erklärungen vor dem Haushaltsausschuß.

Die Auslandsverschuldung Deutschlands.

‡ **Berlin,** 27. Okt. Reichsbankpräsident Dr. Schacht erklärte in seiner Rede im Haushaltsausschuß des Reichstages (vgl. Abendausgabe Nr. 1103 des M. A.) noch folgendes: Wenn der Reichsbank ein Fehler vorzuwerfen sei, dann sei es der, daß sie den Diskont nicht früher heraufgesetzt habe. Die Reichsbank konnte, als sie den Diskont ermäßigte, aber nicht wissen, daß das Reich Ende Januar ganz plötzlich mit einer 500 Millionen Anleihe an den deutschen Kapitalmarkt appellieren würde. Die Reichsbank sei von dieser plötzlichen Begebung der Reichsanleihen durchaus überrascht worden, da man von dem geschäftsführenden Kabinett eigentlich keine solche Transaktion erwarten konnte. Dr. Schacht stellte fest, daß die vom Minister Curtius über die Auslandsverschuldung gegebenen Ziffern unter der Schätzung der Reichsbank lägen. Die Gesamtschätzung der Auslandsverschuldung durch die Reichsbank sei nicht viel unter zehn Milliarden. Das Anleiheproblem sei unter keinen Umständen mit der Beratungsstelle allein zu lösen. Die Beratungsstelle müsse und könne beseitigt werden, wenn an ihre Stelle eine zentrale Kontrolliinstanz trete, die über die ganze lokale Finanzverwaltung eine gewisse Oberaufsicht führe. Die Politik der Reichsbank sei durch die Hereinnahme der kurzfristigen Auslandskredite der Banken durchkreuzt worden. Deshalb mußte der Diskont heraufgesetzt werden. Die Reichsbank sei weit davon entfernt, Konjunkturpolitik zu treiben. Dr. Schacht betonte, daß der Zahlungsmittelumlauf von 6¼ Milliarden, wie wir ihn am 3. Oktober erreicht hätten, die Grenze bedeute. „Die Reichsbank müsse die Kaufkraft der Mark nicht nur gegenüber dem Ausland, sondern auch im Inland in einer gewissen Stabilität erhalten. Wenn wieder einmal krisenhafte Erscheinungen auftreten, müsse die Reichsbank unter allen Umständen einen weiteren Zusatz an Noten bereithalten. In der normalen und natürlichen Entwicklung der Dinge könnten wir nicht bis an die Grenze des Aeußersten gehen. Solange die Reichsbank unabhängig sei, werde sie nach in keiner Weise dazu beitragen, irgendeine Inflation entstehen zu lassen. Dieses Theater hatten wir einmal gehabt. Eine zweite Vorstellung werde bestimmt nicht stattfinden.

Auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius nahm nach den Ausführungen Dr. Schachts noch einmal das Wort, um einige Aufklärungen zur Frage der Höhe der Auslandsverschuldungen zu geben. Er stellte fest, daß er bei seiner Berechnung die Dawesverschuldungen nicht einbezogen habe. Es ergäben sich naturgemäß Differenzen, weil die Frage der Rückzahlungen und der Gegenforderungen schwer zu lösen sei. Der Minister stellte weiter fest, daß während des ganzen vergangenen Jahres bis zum Oktober von der Beratungsstelle im ganzen Anleihen von 430 Millionen genehmigt worden seien, wovon am 1. Oktober tatsächlich erst 290 Millionen aufgelegt waren. In der Gesamtsumme seien 123,6 Millionen Kommunalanleihen enthalten.

Die Beratung des Reichsschulgesetzes

vdz **Berlin,** 27. Okt. **(Tel.)** Im Bildungsausschuß des Reichstages, der den Schulgesetzentwurf behandelt, erklärte zunächst der Vertreter Württembergs die Zustimmung seiner Regierung zu der Vorlage. Besonders erfreut zeigte er sich darüber, daß die bestehende Bekenntnisschule anerkannt würde und die Gemeinschaftsschule zur Antragsschule erklärt wird. Allerdings hat Württemberg gewisse Bedenken gegen die Art, wie der Entwurf den Religionsunterricht regelt. Die entstehenden Mehrkosten müßte das Reich tragen. — Der Vertreter Thüringens wünschte verschiedene Änderungen der Vorlage. Die Thüringische Regierung ist der Auffassung, daß die Gemeinschaftsschule in der Verfassung klar und deutlich verankert sei. Scharf wird die Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht abgelehnt und zwar auf Grund der Stellungnahme der evangelischen Landeskirche Thüringens und der Lehrerschaft. Außerdem wünsche Thüringen die Ausgestaltung der Schutzbestimmungen für die Simultanländer, auch für sich selbst. Abg. Dörrissen (WP) stimmt der Festlegung der Bekenntnisschule in dem Entwurf ausdrücklich zu. Abg. Rönneburg (D) wünscht das Urteil einer neutralen Stelle über die Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs.

Ein Vertreter des Reichsinnenministeriums machte die Mitteilung, daß **eine Erklärung über die Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs in den nächsten Tagen nach Verständigung mit dem Innenministerium erfolgen werde.**

Abg. Runkel (DVP) erklärte, daß er im wesentlichen auf dem Boden der preußischen Anträge stehe. Der geordnete Schulbetrieb sei mit der Bildung von Zwergschulen unvereinbar. Abg. Dr. Spahn (DM) bezeichnet den Entwurf als ein Kompromiß. Die preußischen Vorschläge müsse er ablehnen. Abg. Dr. Schreiber (Z) verwahrt sich gegen den Vorwurf der Verfassungsverletzung. Das Zentrum lasse Weimar nicht schmähen. Es stehe treu zur Verfassung. Die Kundgebung der Hochschullehrer sei keine Stellungnahme des Verbandes der Hochschullehrer. Abg. Dr. Rosenbaum (K) lehnt den Entwurf grundsätzlich ab. Abg. Frau Lang-Brumann (Bayr. V.) fordert die unveränderte Annahme des grundlegenden ersten Paragraphen des Entwurfes.

Abg. Schulz (S) erklärt: Da die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei am Bau der Verfassung nicht positiv mitgewirkt hätten, könne man es diesen nicht verübeln, wenn sie bestritten, daß die Simultanschule in der Weimarer Verfassung eine Vorzugsstellung bekommen sollte. Unverständlich sei aber die Haltung des Zentrums. Für sie gebe es nur eine Erklärung: Das Weimarer Kompromiß sei dem Zentrum wohl unbequem geworden. Der Redner schildert dann das Werden des Kompromisses. Die erste zwischen Sozialdemokraten und Zentrum vereinbarte Fassung sah die Gleichberechtigung der evangelischen, katholischen und weltlichen Schule vor. Als die Demokraten hinzugezogen wurden, verlangten sie die Vorzugsstellung für die Simultanschule, ein Zugeständnis, das dem Zentrum außerordentlich schwer gefallen, aber schließlich doch gemacht worden sei. Danach könne nun kein Zweifel bestehen, daß die Weimarer Verfassung bewußt und gewollt die Simultanschule als Regelschule erkläre. Abg. Hörnle (K) mißt den Sozialdemokraten die Schuld an der unbefriedigenden Gestaltung des Gesetzentwurfes bei. Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag vormittag vertagt.

Der Zwischenfall Keudell—Dr. Badt im Reichsrat.

‡ **Berlin,** 27. Okt. Der Reichsrat nahm heute den Bericht seines Ausschusses über den Fall Keudell-Dr. Badt entgegen. Es handelt sich hier um die Erklärung des Reichsinnenministers von Keudell in der Vollsitzung des Reichsrates vom 14. Juli d. Js., in der er dem preußischen Reichsratsbevollmächtigten, Ministerialdirektor Dr. Badt, vorwarf, daß er die Vertraulichkeit von Sitzungen der Reichsratsausschüsse gebrochen und durch Verschweigen einer Tatsache die Öffentlichkeit irregeführt habe. Der Ausschuß hatte sich weiter mit der Gegenerklärung des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun im Reichsrat vom 21. Juli zu beschäftigen, in der dieser die Form des Vorgehens des Reichsinnenministers als auch die sämtlichen gegen Dr. Badt vom Reichsinnenminister erhobenen Vorwürfe **als jeder Berechtigung entbehrend namens der preußischen Staatsregierung zurückgewiesen hatte.** Der Berichterstatter des Reichsratsausschusses wies in seinem Bericht zunächst darauf hin, daß die Angelegenheit im Wege einer persönlichen Verständigung zwischen dem Reichsinnenminister und der preußischen Staatsregierung sich nicht als erreichbar erwiesen habe. Der Ausschuß habe einmütig beschlossen, der Vollsitzung des Reichsrates seine Stellungnahme mit einem Vorschlag zu unterbreiten. Danach stellt der Ausschuß fest, daß nicht anerkannt werden könne, daß der Vorwurf des Reichsinnenministers Ministerialdirektor Dr. Badt habe die Vertraulichkeit einer Sitzung der Reichsratsausschüsse verletzt, in den tatsächlichen Hergängen eine Stütze findet. Daß auf Grund einer abweichenden Auslegung der Geschäftsordnung der Reichsinnenminister von Keudell zu dieser Auffassung gelangen konnte, verkenne der Reichsrat jedoch nicht. Was den Vorwurf der Irreführung anbelangt, so sei der Reichsrat nach dem Vorschlag seines Ausschusses der Meinung, daß die sachliche Auseinandersetzung über diese Frage von den Regierungen des Reiches und Preußens auszutragen ist, da die Darlegungen Dr. Badts nicht im Namen des Reichsrates, sondern im Namen der preußischen Regierung erfolgt sind. Der Reichsrat beschränke sich in seinem Vorschlag auf die Meinungsäußerung, daß der Reichsminister von Keudell zu seinem Vorwurf der Irreführung dadurch gelangen konnte, daß Dr. Badt bei seinen Darlegungen über die Verzögerung der Beratung der Feiertag-Frage den Umstand unerwähnt ließ, daß die Vertagung der Beratung vom 30. Juni auf den 7. Juli nicht auf Wunsch der Reichsregierung, sondern auf Verlangen eines Landes erfolgt ist. Andererseits konnte Dr. Badt annehmen, daß er den erwähnten Umstand nicht nochmals ausdrücklich mitzuteilen brauchte.

Die Frage, ob das Vorgehen des Reichsinnenministers formell vom Standpunkt der bisher für das Zusammenwirken von Reichsregierung und Reichsrat geltenden Regeln zu würdigen sei, könne auf sich beruhen bleiben. Nachdem der Reichsinnenminister inzwischen in einer Erklärung ausdrücklich versichert habe, daß ihm jede Absicht einer Beeinträchtigung der Würde und des Ansehens des Reichsrates ebenso wie die Absicht, einem Mitglied des Reichsrats eine Rüge zu erteilen, ferngelegen habe.

Das Wort zu einer Erörterung wurde nicht gewünscht. Der Vorsitzende des Reichsrates stellte darauf fest, daß die Vollversammlung dem Vorschlag des Ausschusses zugestimmt habe. — Darauf gab im Namen der preußischen Regierung Staatssekretär Weißmann eine Schlußerklärung ab, wonach die preußische Staatsregierung den Ausschußbeschlüssen zustimmt und ihnen entnimmt, daß der Dr. Badt gemachte Vorwurf des Bruches der Vertraulichkeit nicht begründet ist und daß der Reichsrat sich zur Entscheidung der Frage, ob eine Irreführung der öffentlichen Meinung durch Dr. Badt vorliegt, für nicht zuständig erklärt habe. Der Redner richtete weiter an den Vorsitzenden die Bitte, dem Reichsinnenminister von Keudell den Wunsch der preußischen Staatsregierung zu übermitteln, daß er in einer Plenarsitzung des Reichsrates Ministerialdirektor Dr. Badt die ihm zukommende Erklärung abgebe, nachdem der Reichsinnenminister die Besorgnisse des Reichsrates durch eine schriftliche Erklärung beseitigt habe.

Einigung zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und den Provinzialvertretern.

Ministerpräsident Braun nimmt seine Vorwürfe zurück.

S **Berlin,** 27. Okt. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Wie bekannt ist, hat der preußische Ministerpräsident aus Anlaß der Abstimmung über das Reichsschulgesetz im Reichsrat den preußischen Provinzialvertretern, als sie sich zu der gewohnten Donnerstags-Unterhaltung eingefunden hatten, einen Absagebrief geschickt, der, in nicht gerade höflicher Form gehalten, derartige Besprechungen der Staatsregierung künftig für überflüssig erklärte. Da in dem Briefe zum Teil völlig unrichtige Behauptungen enthalten waren, hatten die Provinzialvertreter zunächst einmal zur Klärung der Angelegenheit eine Unterredung mit der preußischen Regierung herbeigeführt.

Diese Auseinandersetzung zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten Braun — in seiner Begleitung befand sich der Vertreter Preußens im Reichsrat, Staatssekretär Weißmann — und den Provinzialvertretern fand heute statt. Sie nahm einen zum Teil stürmischen Verlauf, weil die Provinzialvertreter sich gegen die falschen Behauptungen energisch zur Wehr setzten. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, daß der Ministerpräsident auf Grund falscher Berichterstattung durch Staatssekretär Weißmann den Provinzialvertretern Vorwürfe gemacht hatte, die er nun nicht mehr aufrechterhalten konnte. Entgegen seiner Auffassung konnten die Provinzialvertreter darlegen, daß der Vorwurf, sie hätten 1. sich in den Vorbesprechungen auf eine Zustimmung zu den preußischen Abänderungen bezüglich des Reichsschulgesetzentwurfes festgelegt; 2. sie seien von dritter Seite zu ihrer anderen Einstellung beeinflußt worden durchaus unbegründet und unzutreffend ist. Ministerpräsident Braun sah sich denn auch infolge dieser Aufklärung veranlaßt, sämtliche Vorwürfe zurückzunehmen, er wird dies auch in einer offiziellen Erklärung des preußischen Staatsministeriums gegenüber der Oeffentlichkeit tun.

Es ist bedauerlich, daß ein derartiges Mißverständnis durch eine falsche Darstellung der tatsächlichen Vorgänge durch Staatssekretär Weißmann entstehen konnte.

Entspannung der Lage in Rumänien.

tu **Agram,** 27. Okt. Wie aus Arad gemeldet wird, hat die Erregung, die drei Tage lang in ganz Rumänien wegen der Verhaftung Manoilescus herrschte, wesentlich nachgelassen. Ministerpräsident Bratianu, der während dieser Zeit die unumschränkte Macht eines Diktators in Rumänien innehatte, gelang es, die Aktion der Carolinisten, die einen Aufstand in Bessarabien, Siebenbürgen und der Dobrudscha zum Ziel hatte, um Carol zum König von Rumänien zu proklamieren, im Keime zu ersticken. Bratianu ließ sogar das Standrecht proklamieren, um die Ruhe wieder herzustellen und die Aktion der Carolisten wenigstens für den Augenblick zu unterbinden, wenngleich sie damit durchaus nicht liquidiert erscheint. Dem Berichterstatter des „Agramer Obzor" gelang es, mit einer Bukarester Redaktion in Verbindung zu treten. Soviel man darüber in journalistischen Kreisen erfährt, sind beim Ministerium des Innern Nachrichten eingelaufen, wonach im ganzen Lande die Ruhe wiederhergestellt erscheint. Am gefährlichsten war die Situation in Bessarabien, wo die Nationale Bauernpartei namentlich über die slawischen Elemente der Bevölkerung verfügt. Ueberall wurden militärische Verstärkungen eingesetzt, die alsbald die Ruhe wiederherstellen konnten.

Wie verlautet, sind außer Manoilescu noch eine Anzahl von Anhängern Carols verhaftet worden, darunter einige angesehene Politiker der Nationalen Bauernpartei. In der Stadt und im Bezirk Kischinew soll es zwischen der Bauernbevölkerung und dem Militär zu ernsten Zusammenstößen gekommen sein. Die Bevölkerung war dahin unterrichtet worden, daß Carol nach Rumänien zurückgekehrt und zum König proklamiert worden sei. Sie bereitete darauf dem früheren Kronprinzen begeisterte Ovationen. Militär eilte zur Stelle und jagte die Anhänger Carols auseinander. Bei dieser Gelegenheit sollen über 150 Personen verhaftet worden sein. Auffallend ist, daß die königliche Familie in Bukarest vollzählig versammelt ist, ebenso der Regentschaftsrat, und daß weder das Königshaus noch der Regentschaftsrat bisher von der Regierung irgendeine Aufklärung gefordert haben, sondern sich ganz reserviert verhalten. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß die Carol-Bewegung durchaus noch nicht erledigt ist und daß die augenblickliche Grabesstille in Rumänien die Stille vor dem Sturm ist.

Eine Erklärung Bratianus in der Kammer.

Vertrauenserklärung für die Regierung.

tu **Bukarest, 27. Okt. Die rumänische Kammer hat heute nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten Bratianu eine Vertrauenserklärung für die Regierung angenommen.**

Ministerpräsident Bratianu stellte in seiner Rede fest, daß die Regierung eine Verschwörung aufgedeckt habe und daß die Justiz gegen die Verschwörer vorgehen werde. Jeder, der gegen die bestehende Thronordnung sei die durch den Verzicht Carols zustande gekommen sei, müsse als Staatsfeind gelten.

Das Wort nahm darauf der Abg. Manin, der gegen die Verhaftung Manoilescus juristische Gründe vorbrachte und feststellte daß Carol ausdrücklich erklärt habe, daß er kein Thronprätendent sei, wohl aber dem Rufe des Landes folgen würde. Die Frage, ob Carol seinen Verzicht zurücknehmen wolle oder nicht, müsse im Parlament besprochen werden.

Bratianu wandte sich darauf gegen die Erklärung Manius. Nach Beendigung der Debatte nahm die Kammer schließlich die Vertrauenserklärung für die Regierung an.

Um die Todesstrafe.

Die Beratungen des Strafrechtsausschusses.

vdz **Berlin,** 27. Okt. **(Tel.)** Der Strafrechtsausschuß des Reichstages setzte die Beratung über die Todesstrafe fort.

Abg. **Höllein** (K): Die Kommunisten sind grundsätzliche Gegner der Todesstrafe im kapitalistischen Staate (Aha-Rufe und große Heiterkeit!) Die Sozialdemokraten haben nur an die Rührseligkeit appelliert, erst im sozialistischen Staate wird die Voraussetzung für Verbrechen überhaupt beseitigt sein. In Sowjetrußland ist die Todesstrafe ein Unterdrückungsmittel der ungeheuren Mehrheit des Volkes gegen die Konterrevolution und daher notwendig.

Abg. **Landsberg** (S) 700 000 zu 30 Millionen! (Große Heiterkeit). Der Antrag seiner Partei wolle die Todesstrafe durch soziale Maßnahmen ersetzen.

Vorsitzender **Dr. Dr. Kahl** (DV): Die Frage der Aufrechterhaltung oder Abschaffung der Todesstrafe ist mir heute keine Prinzipienfrage. Ich bin kein glühender, noch weniger begeisterter Anhänger der Todesstrafe. Die Frage ist eine Frage der geschichtlichen Entwicklung und der Evolution. Andererseits muß ich es auf das bestimmteste ablehnen, daß diese Frage als eine Kulturfrage behandelt wird, und daß man als Träger der Barbarei bezeichnet wird, wenn man heute noch Anhänger der Todesstrafe ist. Für mich ist die ganze Frage eine Frage der Zweckmäßigkeit, gemessen an dem Maßstabe des Gesamtstaates. Soll man verantworten können, daß der Staat schon heute auf das äußerste Strafmittel in äußersten Fällen verzichtet? Der Stand der Kriminalität ermöglicht es hier nicht, jetzt für den Verzicht auf dieses äußerste Strafmittel einzutreten. Gegen den Vollzug an Leuten unter 21 Jahren habe ich bereits gesprochen.

Reichsjustizminister **Hergt** begründete den Vorschlag, die Todesstrafe für das Verbrechen des Mordes beizubehalten. Es handele sich hier um die Frage, ob die Zeit gekommen ist auf dieses Strafmittel zu verzichten. Ein solcher Entschluß berge schwerste Verantwortung in sich. Man dürfe ihn nur fassen, wenn man sicher sei, daß die Abschaffung der Todesstrafe nicht zu einer Steigerung der Mordtaten, nicht zu einer Vernichtung des Lebens Unschuldiger führe, die Gegner der Todesstrafe seien daher vernichtet, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Todesstrafe keine abschreckende Kraft habe. Ein solcher Beweis lasse sich mit statistischen Zahlen nicht führen. Das eine gehe aber aus der Statistik für Deutschland unzweideutig hervor, daß man bis in die neue Zeit hinein in der Praxis der Begnadigungen in einer Reihe von Fällen den Vollzug der Todesstrafe für unerläßlich erachtet hat. Aber auch vom Standpunkte der gerechten Vergeltung und der Sühne sei die Todesstrafe zurzeit nicht entbehrlich. Zurzeit müsse man sich damit begnügen, die starre Strafandrohung des geltenden Gesetzes, wonach bei Mord unbedingt auf Todesstrafe erkannt werden muß, durch Zulassung mildernder Umstände zu mildern. Daneben werde auch in Zukunft das Gnadenrecht fortbestehen, dessen Handhabung unter der Herrschaft des geltenden Rechtes jede Gewähr dafür biete, daß die Vollstreckung eines Todesurteiles nur in den allerschwersten Fällen und nur da erfolge, wo jede Gefahr eines Justizirrtums nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen sei.

Preußischer Ministerialrat **Schaefer** gibt eine Statistik der Justizirrtümer. In den letzten acht Jahren sei 51 Personen eine Entschädigung wegen Justizirrtums gewährt, darunter sei nur in vier Fällen auf Zuchthaus erkannt gewesen.

Abg. Dr. **Barth** (DM) erklärt, der Abg. Rosenfeld (S) habe keinen objektiven Bericht erstattet, sondern eine Parteirede gehalten. Zum Schluß erklärt Dr. Barth, seine Freunde wollten Oesterreich nicht annektieren, sie wollten aber dazu helfen, daß ein künftiges Großdeutschland ein gutes volkstümliches und einheitliches Recht besitze. In diesem Bestreben trete aber die Sozialdemokratie als Störerin auf.

Abg. **Saenger** (S) bemerkt, die Statistik bewiese immerhin, daß die Abschaffung der Todesstrafe die Verbrechen nicht vermehrt habe. 20 bis 30 Jahre Zuchthaus seien ein mindestens ebenso großes Abschreckungsmittel.

Abg. Dr. **Hanemann** (DM) wendet sich dagegen, daß die Verhängung der Todesstrafe an das 22. Jahr geknüpft werde, angesichts des Falles, daß kürzlich zwei 18 und 19jährige eine Familie kaltblütig und mit Vorsatz ermordeten. Die Todesstrafe sei in Deutschland nicht zu entbehren.

Die weitere Aussprache wurde auf Freitag vertagt.

Wie steht es mit der Lebensmittelteuerung?

Eine Stellungnahme zu der Eingabe der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften.

w **Berlin,** 27. Okt. **(Tel.)** Von besonderer Seite wird zu der Eingabe der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften an die Reichsregierung, in der sehr energische Maßnahmen gegen Preissteigerungen gefordert werden, Stellung genommen. Es wird dabei die Frage gestellt, welches statistische Material der Feststellung dieser Denkschrift zugrunde liege, daß die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel Brot, Fleisch, Kartoffeln, Butter und Milch seit Anfang des Jahres um durchschnittlich 20 bis 25 Prozent gestiegen seien. Es wird gegenüber dieser Behauptung darauf hingewiesen, daß der vom Statistischen Reichsamt für das ganze Reichsgebiet errechnete Ernährungsindex im Jan. 150,7 (1913 gleich 100 gerechnet), im Monat Juli 156,8 und im September 150,6 betrage. Ein Vergleich der Kleinhandelspreise in Berlin führt nach den Feststellungen des Statistischen Amtes zu dem Ergebnis, daß sich die Preise für Fleisch gegenüber dem Jahresbeginn nicht wesentlich verändert haben, die Preise für Roggenbrot, Butter und Milch zwar etwas höher, das andererseits aber die Preise für Kartoffeln und Zucker niedriger sind als im Januar d. Js.

In diesem Zusammenhang wird hervorgehoben, daß die Erhöhung der Kleinverkaufspreise — soweit eine solche überhaupt vorliegt — verhältnismäßig stärker ist, als die Erhöhung der Preise, die der Landwirtschaft zufließen und die im Großhandel verlangt werden. Da der Großhandelsindex für landwirtschaftliche Erzeugnisse am 19. Oktober im Durchschnitt nur 137,6 betrug, so bleibt also gegenüber dem allgemeinen Ernährungsindex von 150,6 eine Differenz von 13 Punkten.

Gegenüber dem Hinweis in der Eingabe des Gewerkschaftsringes auf die preiserhöhenden Wirkungen der Kartelle und Monopole wird festgestellt, daß sich die Preise auf dem Ernährungsgebiete fast ausschließlich auf dem freien Markte nach Angebot und Nachfrage bilden. Es wird davor gewarnt, aus saisonmäßig begründeten Preisschwankungen eine allgemeine Tendenz zur Steigerung der Lebensmittelpreise herzuleiten, da durch eine solche falsche Annahme eine vielleicht vorhandene Neigung gestärkt werden könnte.

Gegen Übertreibungen und Entstellungen.

Zentrum, Deutschnationale und die Richtlinien der Regierungskoalition.

S **Berlin,** 27. Okt. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat heute nachmittag zu der von ihr geplanten Fraktionssitzung zusammen. Derartige Fraktionssitzungen sollen bei dem wichtigen Beratungsstoff, der z. Zt. in den Ausschüssen behandelt wird, auch während der eigentlichen Reichstagspause jeden Donnerstag stattfinden, um der Fraktion Gelegenheit zu geben, in ständiger Fühlungnahme mit den Ausschußmitgliedern und der Parteiführung zu sein.

In der heutigen Sitzung beschäftigte man sich mit den großen Fragen: Besoldungsreform, Reichsschulgesetz und vor allem mit den großen wirtschaftlichen Problemen. Zu Beginn der Sitzung kam man auf die Auslassungen des „Vorwärts" zu sprechen, die dieser vor einigen Tagen in seiner Nummer 504 unter der Überschrift „Risse im Bürgerblock" als aus parlamentarischen Zentrumskreisen stammend, veröffentlicht hatte. Um darzulegen, daß diese Veröffentlichung des „Vorwärts" mit Übertreibungen und Entstellungen stark durchsetzt waren, gab der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abg. von Guérard, folgendes Bild über die von ihm schon s. Zt. angekündigte Aktion bei den Deutschnationalen bezüglich der Befolgung der bei dieser Regierungsbildung aufgestellten Richtlinien.

Abg. von Guérard machte Mitteilungen von der am 8. Oktober ds. Js. stattgehabten Besprechung mit der Leitung der deutschnationalen Reichstagsfraktion über die Versetzung der s. Zt. vereinbarten Richtlinien. Er sei durch die Pressеauslassungen über die Besprechung zu seiner Feststellung gezwungen. In der Besprechung sei von den Vertretern der Zentrumsfraktion nachdrücklich Beschwerde erhoben worden gegen die herabwürdigende Art, wie von deutschnationaler Seite in der Presse und in Versammlungen das Symbol der Republik behandelt werde. Ferner hatte das Zentrum eine Propaganda für die Wiedereinführung der Monarchie als unvereinbar mit der starken Beteiligung der Deutschnationalen an der jetzigen Regierung. Die mehrstündige Aussprache ergab, daß die deutschnationalen Führer bezüglich des ersten Punktes Beachtung der Wünsche des Zentrums zusagten, was auch vom Grafen Westarp durch ein späteres Schreiben noch bestätigt wurde. Bezüglich des Begriffes „Monarchistische Propaganda" wurde eine völlige Uebereinstimmung nicht erzielt. Abg. von Guérard stellte aber in seinem Schlußwort in der Unterredung mit den Deutschnationalen nochmals die unzweideutige Auffassung des Zentrums zu dieser Frage fest.

Die Fraktion nahm von diesen Mitteilungen ohne Erörterung Kenntnis und besprach dann im Anklang daran eine durch den „Sozialdemokratischen Pressedienst" verbreitete, nach dessen Angaben aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums stammende Veröffentlichung („Vorwärts" Nr. 504 „Risse im Bürgerblock"). Mit diesem stark mit Übertreibungen und Entstellungen arbeitenden Artikel wird der Zweck verfolgt, der Regierungskoalition, insbesondere dem Zentrum, immer wieder Schwierigkeiten zu bereiten. Die in großer Zahl anwesenden Mitglieder der Fraktion wiesen es einmütig und mit Entrüstung von sich, an dieser Veröffentlichung irgendwie beteiligt zu sein.

Die heute nicht anwesenden Mitglieder der Fraktion werden sich zweifellos diesem Schritte anschließen. Jedenfalls ist es aufs höchste bedauerlich, daß — sei es nun durch Indiskretion, sei es durch allzugroße Vertrauensseligkeit oder durch unvorsichtig geführte Unterhaltungen — derartige Veröffentlichungen, auch wenn sie nur einen kleinen Kern Wahrheit enthalten, immer wieder in der gegnerischen Presse Raum und Nahrung finden. Man kann den Abgeordneten nicht genug Zurückhaltung empfehlen.

Die Besoldungsvorlage vor dem Hauptausschuß des preußischen Landtages.

vdz **Berlin,** 27. Okt. **(Tel.)** Der Hauptausschuß des preußischen Landtages setzte am Donnerstag die Vorberatung der Besoldungsvorlage fort. Abg. Dr. Wiemer (DVP) legt im einzelnen aus der Entwicklung der preußischen Finanzen dar, daß mit ausreichender Sicherheit Deckung der Mehraufwendungen ohne neue Steuern zu erwarten sei. Der geforderte Preisabbau sei sehr erwünscht. Mit Zwangsmaßnahmen sei ein solcher nicht zu erreichen. Auch die von den Demokraten geforderte Unitarisierung könne nennenswerte Ersparnisse nicht bringen. Abg. Ladendorff (WP) lehnt die Besoldungsvorlage ab, wenn die Deckung ohne Steuererhöhung, also durch Einschränkung der Ausgaben nicht sichergestellt sei. Abg. Dr. Hamburger (S) führt aus, die Erörterung über den Preisabbau sei mehr theoretischer Natur. Lohnkämpfe beruhten darauf, daß die Arbeiter endlich ihren Nutzen an der Rationalisierung haben wollten. Abg. Riedel (D) wünscht, daß man in den Besoldungs- und Lohnfragen nicht die Beamtenschaft gegenüber der Arbeiterschaft und umgekehrt ausspielen möchte. Bei der Vorsichtigkeit des preußischen Finanzministers dürfe man annehmen, daß Deckung für diese Ausgaben vorhanden sei. Abg. Borck (DM) wünscht für die Polizei die Schaffung einer besonderen Besoldungsordnung. Abg. Beuermann (DVP) wendet sich gegen eine Unterbewertung der Lehrerschaft, die in die Vorlage durch vergleichbar zu gering bemessene Gehälter zum Ausdruck komme. Abg. Klopf (Z) erklärt, auf keinen Fall werde seine Fraktion die Einwilligung dazu geben, daß man die Deckung später einmal dadurch finanziere, daß man den Hauszinssteueranteil für den Wohnungsbau kürze. Abg. Bartel (D) meint, man könne stark die Frage aufwerfen, ob die Mittel ohne die vorsichtige Finanzpolitik Reinholds überhaupt verfügbar wären.

Hierauf schloß die allgemeine Aussprache. Der Entwurf wurde einem 12gliedrigen Ausschuß überwiesen, der am 7. November zusammentreten soll.



Eine 76jährige Rompilgerin.

Katl aus Oberammergau, die schon dreimal zu Fuß nach Rom gepilgert ist und diese Wanderung zum viertenmal antreten will.

Das neue Studentenrecht.

Das neue Studentenrecht.

b **Berlin**, 27. Okt. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit, daß, nachdem der Staatsrat der Staatsministerialverordnung über die Bildung von Studentenschaften zugestimmt hat, vom Kultusminister Dr. Becker das neue Studentenrecht soeben den preußischen wissenschaftlichen Hochschulen übermittelt worden ist. Der Minister hat in einem Begleiterlaß die näheren Anweisungen über die Ausführung der Abstimmungen bei den einzelnen Studentenschaften gegeben.

Der Hauptausschuß der Deutschen Studentenschaft, der sich in Jena versammelt hatte um zu der neuen Ministerialverordnung über die Bildung von Studentenschaften in Preußen Stellung zu nehmen, nahm gegen die Stimmen der Kreisleiter V und X eine Erklärung an, in der es heißt: „Der Hauptausschuß der deutschen Studentenschaft steht auf dem Standpunkt, daß die preußische Verordnung über die Neubildung von Studentenschaften sowohl für die deutsche Studentenschaft als auch für die preußischen Studentenschaften unannehmbar ist. Der Hauptausschuß der deutschen Studentenschaft macht sich die grundsätzliche Stellungnahme des Vorstandes der deutschen Studentenschaft wie sie in dem Aufruf des Vorstandes vom 18. Oktober 1927 zur Frage der Neubildung der preußischen Studentenschaften zum Ausdruck kommt, voll inhaltlich zu eigen. Damit ist der deutschen Studentenschaft ein klarer Weg vorgezeichnet. Der Vorstand wird unverzüglich die entsprechenden Richtlinien an die Einzelstudentenschaften geben."

Junglehrer und Bewerberliste.

Eine Eingabe des Katholischen Junglehrerbundes an das preußische Kultusministerium.

Das preußische Kultusministerium hat am 9. August ds. Jahres einen Erlaß herausgegeben, in dem es heißt, daß ohne Gewährung der Beihilfe von 1000 Mark in der Bewerberliste zu streichen sind:

1. Diejenigen Schulamtsbewerber, die als Beamte im öffentlichen staatlichen oder nichtstaatlichen Dienst angestellt oder nach der Erklärung der vorgesetzten Behörd derart entgeltlich beschäftigt sind, daß mit ihrer weiteren entgeltlichen Beschäftigung und der darauf folgenden Anstellung bei regelmäßigem Verlauf gerechnet werden kann.

2. Diejenigen Schulamtsbewerber, die selbständig in einem freien Beruf oder als Angestellte gegen Entgelt tätig sind, sofern nach den Umständen des Einzelfalles angenommen werden muß, daß sie dauernd in dieser Tätigkeit verbleiben werden; Zweifelsfälle sind wohlwollend zu entscheiden, langwierige Nachforschungen zu vermeiden.

Der Katholische Junglehrerbund hat sich in einer Eingabe an das Ministerium vom 26. September gegen die zwangsweise Vereinigung der Bewerberliste seitens der Regierungen durch Streichung der unter 1. und 2. genannten Bewerber gewandt. Es wird in dieser Eingabe darauf hingewiesen, daß durch Verwirklichung des Erlasses des Ministeriums vielfach gerade die besten Kräfte aus der Junglehrerschaft, die sich durch Fleiß und Energie die Fähigkeiten und Fertigkeiten für eine feste Stellung im öffentlichen staatlichen oder nichtstaatlichen Dienst erworben haben, und die deshalb für den Lehrerberuf und die Erziehertätigkeit in der Schule so wertvoll sind, ausgeschieden werden. Die Erklärung der vorgesetzten Behörden darf für die Streichung nicht hinreichend sein, zumal die vorgesetzten Dienststellen mit dieser Erklärung nicht verpflichtet werden, die ausgeschiedenen Junglehrer nun auch wirklich fest anzustellen. Auch sei darauf hinzuweisen, daß die Rechtslage der fremdberuflich festangestellten Junglehrer keinesfalls mit der rechtlichen Stellung eines Lehrers vergleichbar sei. So lange nicht das Seminarentlassungs-Zeugnis aus seiner einseitigen Bewertung herausgehoben würde, sei eine zwangsweise Streichung von Junglehrern aus der Bewerberliste nicht zu rechtfertigen, weil die davon Betroffenen zeitlebens verhindert würden, eine ihrer Ausbildung entsprechende gleichwertige Stellung im Leben zu erlangen. Es sei auch zu berücksichtigen, daß die Junglehrer in den meisten Fällen lediglich durch die Ungunst der wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse in fremdberufliche Tätigkeit, die immer nur als Nothelf zur Überdauerung der Zeit der Stellenlosigkeit angesehen werden müsse. Für die jüngsten Schulamtsbewerber, die die jahrelange Wartezeit bis zur Beschäftigung im Schuldienste durch Fleiß und Energie in einer fremdberuflichen Tätigkeit zu überdauern suchten, müsse eine solche Maßnahme der Regierung geradezu katastrophale Folgen haben, denn kein Mensch würde mehr daran denken, sich in die Gefahr zu begeben, seinen Fleiß und seine Selbsthilfe durch Streichung aus der Bewerberliste gelohnt zu sehen. Der Katholische Junglehrerbund lehnt aus diesen Erwägungen heraus die oben bezeichneten Bestimmungen des Erlasses vom 9. August ds. Js. entschieden ab. Er richtet an das Ministerium die Bitte um eine Erklärung, daß es sich bei dem genannten Erlasse nur um das freiwillige Ausscheiden der Junglehrer handelt, damit die überaus große Unruhe, die durch diesen Erlaß in die Junglehrerschaft hineingetragen ist, schnellstens beseitigt wird.

Spruchbehörden der Arbeitslosenversicherung.

Im Gegensatz zur seitherigen Erwerbslosenfürsorge sind nach dem neuen Arbeitslosen-Versicherungs-Gesetz Spruchbehörden eingeführt worden, welche die Aufgabe haben, Recht zu sprechen. Die Erwerbslosenfürsorge beruhte auf dem Bedürftigkeitsprinzip. An dessen Stelle ist nun unter gewissen Voraussetzungen der Rechtsanspruch getreten.

Demzufolge wird bei jedem Arbeitsamt ein Spruchausschuß gebildet. Er besteht aus dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes oder einem seiner Stellvertreter und je einem der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Beisitzer, die dem Verwaltungsausschuß angehören.

Bei jedem Landesarbeitsamt ist eine Spruchkammer eingerichtet worden. Sie besteht aus dem Vorsitzenden des Oberversicherungsamtes, in dessen Bezirk das Landesarbeitsamt seinen Sitz hat oder einem seiner Stellvertreter und je einem der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmer-Beisitzer, die dem Oberversicherungsamt angehören. Im Bedarfsfalle können mehrere Spruchkammern eingerichtet werden.

Um eine möglichst überparteiliche Rechtsprechung zu gewährleisten, wurde nicht der Vorsitzende des Landesarbeitsamtes, sondern jener des Oberversicherungsamtes zum Vorsitzenden bestimmt. Die vorbereitenden, mehr formalen Geschäfte der Spruchkammer werden jedoch beim Landesarbeitsamt selbst getätigt.

Beim Reichsversicherungsamt wurde ein Spruchsenat für die Arbeitslosen-Versicherung gebildet, der aus einem Vorsitzenden, einem ständigen Mitglied des Reichsversicherungsamtes oder einem Mitglied der Hauptstelle der Reichsanstalt, einem hinzugezogenen richterlichen Beamten und je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht. Der Spruchsenat hat speziell die Aufgabe, als oberste rechtsprechende Instanz in der Arbeitslosenversicherung für eine einheitliche Rechtsauslegung zu sorgen.

Es muß daran erinnert werden, daß die Spruchbehörden sich nicht nur mit Streitfällen von Einzelpersonen zu befassen haben, sondern es fällt ihnen auch die Entscheidung darüber zu, ob und inwieweit zum Beispielbei mittelbarer Beteiligung an einem Streik oder Aussperrung die Arbeitslosen-Unterstützung zu gewähren ist. Im übrigen werden die Erfahrungen, welche die Spruchbehörden nach der Reichsversicherungsordnung schon zu machen Gelegenheit hatten, auch in der Rechtsprechung hinsichtlich der Streitigkeiten aus der Arbeitslosen-Versicherung praktisch verwertet werden können und müssen.

Zum Schutz der Funktelegraphie

hat das Reichspostministerium eine Novelle zum Telegraphengesetz dem Reichstage vorgelegt. Zweck der Novelle ist, der weiteren Entwicklung der Funktelegraphie Rechnung tragend, dem Funkwesen einen erhöhten Schutz zu gewähren und eine Anzahl von Rechtsfragen auf telegraphisch-rechtlichem Gebiete zu klären. Das Recht zur Errichtung von Funkanlagen, und zwar von Sendeeinrichtungen wie von Empfangs-Einrichtungen, bleibt allein dem Reiche vorbehalten. Die Reichspostverwaltung kann die Befugnisse zur Errichtung und zum Betrieb von Fernmeldeanlagen verleihen. Die Sicherheit des Staates, das Geheimnis der dem staatlichen Funknetz anvertrauten Nachrichten und der Betrieb der staatlichen und privaten Funkanlagen, würden in Zukunft gefährdet werden, wenn die Errichtung und der Betrieb von Funkanlagen gesetzlich freigegeben würden. Die Novelle ist notwendig geworden, weil nach dem Stand der Technik auch Funkempfangsanlagen neuerdings zum Aussenden von Nachrichten benutzt werden können und die Gefahr besteht, daß dadurch staatliche Funkanlegen gestört oder lahm gelegt werden. Besondere gesetzliche Vorschriften über die Herstellung und Vertrieb von Funkgerät und Einzelteilen sieht der Entwurf jedoch nicht vor. Die Reichsregierung hält eine Regelung des Verkehrs mit Funkgerät und Einzelteilen nicht für gangbar, sie würde, wenn sie wirksam sein sollte, Industrie und Handel Beschränkungen auferlegen müssen, die fühlbare Belastungen und Hemmungen zur Folge hätten. Man nimmt an, daß Industrie und Handel ungesetzliche Bestrebungen nicht unterstützen und dulden werden. Den Händlern wird in Zukunft zur Pflicht gemacht, die Lieferung von Funkgerät und Einzelteilen nur an solche Personen vorzunehmen, die die postalische Erlaubnis zur Benutzung von Funkgerät besitzen. Ein gesetzliches Verbot des Auffangens fremder Funkgespräche sieht der Entwurf wegen der besonderen Schwierigkeiten des Beweises der Übertretung derartiger Verbote nicht vor. Er beschränkt sich auf das Verbot, aufgefangene Nachrichten sowie die Tatsache des Auffangens Dritten mitzuteilen. Für die Führer deutscher Seefahrt und Luftfahrzeuge bestehen Ausnahmen, sie sind unter Umständen befugt, alle Nachrichten aufzufangen, die nicht für die eigenen Funkanlagen bestimmt sind. Die mißbräuchliche Anwendung funktelegraphischer Seenotzeichen ist in Zukunft strafbar, eine Maßnahme, die in anderen Ländern bereits eingeführt ist. th.

Deutsches Reich

Die heutige Kabinettssitzung.

tu **Berlin**, 27. Okt. **(Tel.)** Das Reichskabinett konnte sich in seiner heutigen Sitzung erst in später Stunde mit der Frage der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen befassen. Infolgedessen war es nicht möglich, die Besprechung darüber zum Abschluß zu bringen, welche daher in einer der nächsten Kabinettssitzungen ihre Fortsetzung finden wird.

Reise des Reichskanzlers.

w **Berlin**, 27. Okt. **(Tel.)** Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, begibt sich Reichskanzler Dr. Marx morgen mittag nach Düsseldorf, um am Samstag an der Sitzung der katholischen Schulorganisationen teilzunehmen. Am Sonntag fährt der Reichskanzler zur Teilnahme am Parteitag des rheinischen Zentrums nach Essen und weilt am Montag in M.-Gladbach, wo er voraussichtlich eine Rede für die Zentrale für Heimatdienst halten wird. Er verbleibt noch über Dienstag (Allerheiligen) daselbst und kehrt am Mittwoch nach Berlin zurück.

Der Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages zu den Mai-Vorgängen 1923.

tu **München**, 27. Okt. **(Tel.)** Der Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages hat die Vorgänge vom 1. Mai 1923 in München untersucht und das Ergebnis seiner Untersuchung in sieben Punkten zusammengefaßt, aus denen hervorgeht, daß ein Beweis dafür, daß am 1. Mai 1923 ein Staatsstreich geplant war, nicht habe erbracht werden können. Mit einem aktiven Vorgehen der Kampfverbände sei zwar zu rechnen gewesen, jedoch sei dank der vom Staate eingesetzten Machtmittel der 1. Mai unblutig verlaufen. Auch das Gerücht, daß der bayerische Justizminister die Staatsanwaltschaft zur Einstellung des Verfahrens vor Inkrafttreten der neuen Strafprozeßordnung angewiesen habe, habe sich als unwahr herausgestellt.

Die christlichen Gewerkschaften zur Beamtenbesoldung.

-i- **Köln**, 27. Okt. Der Ausschuß des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften erklärte, daß die deutschen Beamten in allen Stufen ausreichend besoldet werden müßten. Eine gerechte Beamtenbesoldungsreform müsse sich aber im Tempo und im Ausmaß an den Leistungsgrad der Wirtschaft sowie an den Wohlstand und die Steuerkraft des Volkes anlehnen. Bei der augenblicklichen Lage Deutschlands sei eine Reform der Beamtenbesoldung, die dauernd jährlich eineinhalb Milliarden Mark Mehraufwendungen erfordere, ein sehr gewagtes und gefährliches Vorgehen. Eine Reform der Beamtenbesoldung wäre bei der gegenwärtigen Gesamtlage Deutschlands nur in Etappen durchzuführen.

Aus aller Welt.

Der Bericht der Saarregierung an den Völkerbund.

w **Genf**, 27. Okt. **(Tel.)** In dem Bericht der Regierungskommission des Saargebietes an das Generalsekretariat des Völkerbundes über das dritte Vierteljahr 1927 wird ausgeführt, daß das französisch-deutsche Übereinkommen über den Handelsverkehr des Saarbeckens, das am 30. Juni 1927 abgelaufen war, verlängert worden ist. Die deutsche und die französische Regierung seien übereingekommen, im Oktober in Verhandlungen einzutreten über die Anpassung des Übereinkommens an die durch Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsvertrages geschaffene Situation. Weiter wird im Bericht auf die anhaltende Besserung auf dem Arbeitsmarkte hingewiesen. Die belgischen und britischen Detachements hätten ihre Kantonements in Saarbrücken erst am 11. Juli 1927 bezogen, da die ihnen zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten noch instand gesetzt werden mußten. Bei diesem Anlaß seien die freigewordenen Baulichkeiten dem Gemeinderat von Saarbrücken oder gemeinnützigen Organisationen wieder zur Verfügung gestellt worden. Schließlich werden in dem Bericht noch die auf dem Gebiete des öffentlichen Unterrichtswesens erzielten Fortschritte erwähnt. Für das Fortbildungsschulwesen seien 6 Millionen Franken ausgegebenen worden, gegenüber 30 000 Mark im Jahre 1919.

Neues Wahlsystem im Saargebiet.

w **Saarbrücken**, 26. Okt. **(Tel.)** Die Regierungskommission hat beschlossen, anstelle des bisherigen Systems der freien Listen das System der gebundenen Listen bei den Wahlen wieder einzuführen. Sie hat ferner beschlossen, daß auch solche Personen wählbar sind, die seit sechs Jahren, vom Wahltage an gerechnet, ihren ununterbrochenen und alleinigen Wohnsitz in einem Orte des Saargebietes gehabt haben.

Aus der Stadt.

Münster, 28. Oktober.

-i- **Der Windthorstbund Münster** hielt am Montag im Saale des Hansahofes seine dritte Tagung des diesjährigen Wintersemesters ab. Zunächst sprach Dr. Hoffmann-Osnabrück über das Thema „Sozialismus". In tiefgehenden Ausführungen zeigte der Redner das Entstehen des Sozialismus, die historische Entwicklung und die Form, in der die Sozialdemokratie heute vor uns steht. Den Ausgangspunkt seiner Rede bildete die große Umwälzung auf geistigem, technischem und wirtschaftl. Gebiete im vorigen Jahrhundert; auf der einen Seite das Erstarken des Individualismus, das Zurücktreten der menschlichen Kraft hinter der der Maschine, das Anwachsen des Kapitals in den Händen weniger; auf der anderen Seite das Herabsinken großer Volksteile zu bloßen Lohnarbeitern. Neben dem geschichtlichen Bedingtsein des Sozialismus zeigte der Redner sodann die theoretischen Grundlagen, die zuerst in Karl Marx (geb. 5. 5. 1818) Gestalt annahmen. Schon früh bildeten sich innerhalb der Partei zwei Ansichten heraus: Die einen wollten auf dem Standpunkt bloßer Negation verharren, die anderen wollten in der Regierung aktiv mitarbeiten, um so das für die Arbeiterschaft möglichst Günstige herauszuholen. Zu Beginn des Weltkrieges siegte die letztere Ansicht, indem die Sozialisten mit einer Ausnahme die Kriegskredite bewilligten. Allmählich erstarkte die andere Richtung, und schon 1915 stimmten 20 Abgeordnete unter Führung von Haase gegen die Kriegskredite. Es kam zur Trennung in Mehrheits- und Minderheitssozialisten, welch letztere sich zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei entwickelten. Die Revolution sah eine vorübergehende und das Jahr 1922 eine dauernde Wiedervereinigung. Redner wies zum Schluß seiner Ausführungen auf die wichtige Aufgabe des Zentrums als Mittler zwischen links und rechts hin, um es so jedem zu ermöglichen, seine volle Kraft dem Staatsganzen, dem Volkswohle zu widmen, über dem „Entweder-oder" müsse es für uns noch ein „Sowohl-als-auch" geben. Im weiteren Verlauf des Abends hielt der Schriftführer Stegemann ein kurzes Referat über die augenblicklichen Tagesereignisse. Die nächste Sitzung findet statt am Dienstag, den 8. November, an dem über den „Liberalismus" gesprochen wird. Am 20. Dezember wird der Bund voraussichtlich eine Kettelerfeier abhalten.

Das erste städtische Konzert am Sonntag.

Dem Andenken Beethovens gewidmet.

Wie aus den angeschlagenen und ausgehängten Programmen ersichtlich, ist das erste städtische Konzert gewissermaßen als Ausklang des Beethovenjahres ganz diesem Unsterblichen der großen Meister gewidmet. Den Abend wird die für Münster neue Jugendsymphonie eröffnen, die im Jahre 1911 von Fritz Stein in Jena entdeckt wurde. Dort fanden sich unter den geschriebenen Noten eines alten studentischen Collegium musicum die Orchesterstimmen, auf Grund deren die Partitur dann zusammengestellt wurde. Seitdem hat sie unter der Bezeichnung „Jenaer Symphonie" den Eingang in alle Konzertsäle gefunden, und namentlich Max Reger hat sie häufig mit seinen Meiningern vorgetragen. Das liebenswürdig anmutige Werk ist so recht für die Einleitung eines Abends geschaffen, der außerdem noch zwei Werke bringt, von denen jedes wieder eine Steigerung bedeutet. Der Streit um die Echtheit der „Jenaer Symphonie" hat vor Jahren die Gelehrten und die Liebhaber gleichermaßen erhitzt. Uns dünkt aber, daß die Frage sehr einfach dadurch zu lösen ist, daß man sich verhält: Wer hätte zu dieser Zeit ein solches Werk zu schreiben vermocht, von dem es gewiß ist, daß es von Haydn oder Mozart nicht herrühren kann? Und wer hätte Interesse daran haben können, den jungen Beethoven, der doch damals der Öffentlichkeit noch gar nicht bekannt war, nachzuahmen, um etwa Geld und Ruhm damit zu ernten? Ganz abgesehen von diesen logischen Erwägungen spricht auch der musikalische Stil durchaus für Beethoven. Ein Musiker, der es verstanden hätte, Beethoven so geschickt nachzuahmen, hätte zweifellos von sich reden gemacht. Unter all den Zeitgenossen und Mitläufern des Meisters ist aber keiner, der so etwas gekonnt hätte.

Auch das Tripelkonzert für Geige, Violoncello und Klavier mit Orchester kommt selten zur Aufführung, so daß man schon aus diesem Grunde kommen und hören und genießen muß. Bedenkt man, daß die Siebente, die in ihrer Art so unerhört starke Momente des Rhythmus und der Musizierfreudigkeit in sich trägt, das Konzert beschließt, so darf man wohl hoffen, daß alle kommen, die am Musikleben Münsters irgendwie Anteil nehmen.

Aus den Provinzen.

⊙ **Dorkmund**, 27. Okt. (Erschossen.) In Sodingen bei Herne tötete heute morgen der 23jährige Kostgänger Hagen seine 29jährige Wirtin, die Ehefrau Prostowski, durch einen Schuß in die Schläfe und verübte darauf Selbstmord.

Bentheim, 26. Okt. (Der Wiffinghof) ging nach Meldung der „Neuenhauser Zeitung" durch Kauf in den Besitz des Bankiers Jordan-Paris über.

m **Haftenkamp**, Kr. Bentheim, 26. Okt. (Ein Unglücksfall) ereignete sich hier beim Kartoffelroden. Der Landwirt Schnieders stieß seinen Sohn, der die Kartoffeln auslas, mit der Gabel ins Auge. Trotzdem der Verletzte sofort in der Klinik Aufnahme fand, war das Auge nicht mehr zu retten.

Die Dampfer-Katastrophe vor Südamerika

tu **London**, 27. Okt. **(Tel.)** Die Zahl der bei dem Untergang der „Principessa Mafalda" ums Leben gekommenen Personen wird nunmehr übereinstimmend mit 68 angegeben. Man stellt in diesem Zusammenhang fest, wie beruhigend es sei, daß von den anfangs von amerikanischen Agenturen gemeldeten Vermißten in Wirklichkeit augenscheinlich noch nicht zehn Prozent zu beklagen sind. Da die Schiffe mit den geretteten Personen bisher noch nicht alle in den südamerikanischen Häfen eingelaufen sind, ist bis jetzt eine genaue Nachprüfung nicht möglich.

w **Bahia**, 27. Okt. **(Tel.)** Der französische Dampfer „Mosella" ist mit 30 Geretteten von der „Mafalda" kurz vor Mittag hier eingelaufen. Unter den Geretteten befinden sich 18 Offiziere des untergegangenen Schiffes.

Der Kapitän umgekommen?

w **Newyork**, 27. Okt. **(Tel.)** Wie Associated Preß meldet, sind die vom Dampfer „Mosella" in Bahia gelandeten Mitglieder der Besatzung der „Mafalda" der Ansicht, daß der Kapitän des Dampfers, Gugli, bei der Katastrophe umgekommen ist.

Das italienische Verkehrsministerium über die Sicherheitsvorkehrungen auf der „Mafalda".

w **Rom**, 27. Okt. **(Tel.)** Das Verkehrsministerium teilt mit: In verschiedenen Zeitungen des Auslandes wurde die Behauptung verbreitet, daß es an Bord der „Mafalda" an Rettungsmitteln gemangelt hätte. Im Gegensatz dazu geht aus dem Bericht, den die Inspektion an Bord der „Mafalda", die der Hafenkapitän von Genua vor der Abfahrt erstattet hat, hervor, daß an Bord der „Mafalda" außer den an jedem Deck angebrachten Schwimmwesten 80 Rettungsbojen, 28 Rettungsboote und 4 Flöße mit insgesamt 1323 Plätzen vorhanden waren, während sich nur 1256 Personen an Bord befanden. Am 27. Februar 1927 hatte die alljährliche Inspektion des Schiffsrumpfes und am 10. Oktober 1927 die halbjährliche Inspektion der Maschinen stattgefunden.

Vermischtes.

* **Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge.** Nürnberg, 27. Okt. Auf der Strecke Nürnberg—Fürth mußte heute nachmittag aus noch nicht geklärter Ursache ein Schnellstraßenbahnzug auf freier Strecke halten. Ein nachkommender Zug fuhr auf den stehenden Zug auf. Zwei Fahrgäste wurden sehr schwer, drei weitere durch Glassplitter leicht verletzt.

* **Zur Typhusepidemie in Teyl.** Prag, 27. Okt. Von der Typhusepidemie in Teyl bei Marienbad sind bisher 60 Personen, überwiegend Frauen und Kinder, ergriffen worden. Zwei Personen sind der Krankheit erlegen. Die Ursache liegt in einer Störung in der städtischen Wasserleitung.

* **Schwerer Unfall auf einer holländischen Bahnlinie.** Amsterdam, 27. Okt. Heute fuhr in der Nähe vom Haag ein elektrischer Zug in eine Gruppe von Bahnarbeitern. Signale des Zuges und des Rottenführers wurden infolge des heftigen Sturmes überhört. Zwei Arbeiter wurden getötet, drei andere verletzt.

Starkes Erdbeben an der Ostküste Japans.

tu **London**, 27. Okt. **Nach Meldungen aus Tokio wurden durch ein heftiges Erdbeben im Hafen von Niigata an der Ostküste Japans 150 Häuser zerstört. Die Bevölkerung kampiert auf freiem Felde.**

Luftfahrt.

Ruth Elder in Madrid.

w **Madrid**, 27. Okt. **(Tel.)** Ruth Elder ist in einem Junkersflugzeug aus Lissabon hier eingetroffen. Der amerikanische Botschafter, die Leiter der Spanischen Luftbehörden, und andere Vertreter der Luftfahrt hatten sich zu ihrem Empfang auf dem Flugplatz eingefunden.

Die Sühne für den Mord im Schulhause in Holsten bei Salzbergen

Kreimer zu 10 Jahren, Frau Typhen zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

m **Osnabrück**, 27. Oktober. **(Eig. Drahtb.)**

Heute vormittag um 10 Uhr wurde die Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht fortgesetzt. Das Interesse beim Publikum schien anfangs etwas nachgelassen zu haben, indessen je weiter die Verhandlung fortschritt, um so zahlreicher stellten sich auch die Zuhörer ein. Zunächst wurden noch etwa 15 Zeugen vernommen. Es galt hier vor allem, die Vorgänge kurz vor der Tat an dem fraglichen Abend zu klären. Dann folgten die Leumundszeugen, um den Geschworenen ein Bild über den Charakter der beiden Angeklagten zu geben. Mehrere Zeugen sagen aus, daß sie an dem Abend von einer Erregung bei dem Angeklagten Kreimer nichts gemerkt haben, daß er auch bei dem Preisschießen in der Wirtschaft Fehring nur wenig getrunken habe, so daß Trunkenheit ausgeschlossen erscheint.

Unter allgemeiner Spannung trat dann der Bruder des Täters, Georg Kreimer, an den Zeugentisch. Er will von seinem Recht der Zeugnisverweigerung keinen Gebrauch machen. Er ist mit seinem Bruder an dem Abend zum Preisschießen gegangen, hat aber von einer besonderen Erregung des Bruders nichts gemerkt. Beide haben zusammen das Lokal wieder verlassen, unterwegs aber den Lehrer Typhen getroffen, der angeblich dem Bern. Kreimer noch etwas zu sagen hatte. Dieser blieb mit dem Lehrer zurück. Über das Verhältnis seines Bruders zu der Frau Typhen kann der Zeuge nichts sagen, auch nicht, ob die Frau Einfluß auf seinen Bruder gehabt hat. Die Beziehungen des Kreimer zu der Lehrerfamilie waren zu Streitigkeiten in beiden Familien geführt.

Ein weiterer Zeuge bezeichnete das Verhältnis der Eheleute Typhen als sehr gut. Der Lehrer habe alles für seine Frau getan.

Über das Ergebnis der ersten Untersuchung berichtete dann Gerichtsassessor Bahlmann vom Amtsgericht in Lingen, der den beiden Angeklagten auch das erste Geständnis abgenommen hat. Frau Typhen hat von vornherein gesagt: „Kreimer hat meinen Mann erschossen. Die Sache ist für mich sehr übel, weil ich ihm in der Wirtschaft gesagt habe: Wenn mein Mann doch nur um die Ecke käme." Nach der Ansicht des Assessors hat die Frau Typhen wohl im letzten Augenblick Angst bekommen, da sie anscheinend gemerkt hat, daß Kreimer nach den wiederholten Besprechungen die Tat an diesem Abend ausführen wollte. Sie hat sich in der Haustür schützend vor ihren Mann gestellt. Auf diese Ahnung lassen auch die Worte der Frau schließen: „Tue es heute abend nicht!" Frau Typhen hat zunächst tatsächlich an einen Selbstmord geglaubt. Sie ist auf den Flur gelaufen und hat gerufen: „Papa, Papa, was machst du da?", worauf Kreimer ihr zurief: „Anny, sei ruhig, ich habe es getan." Kreimer hat früher gesagt, daß Frau Typhen ihm gegenüber wiederholt geäußert habe: „Drücke ihm die Waffe in die Hand; wir sagen dann, er hätte sich selbst erschossen." Kreimer will auch die Frage wiederholt gestellt haben: „Soll ich ihn heute abend erschießen?", worauf die Frau antwortete: „Ja, tue es."

Die Erörterung all dieser Dinge machen auf den Angeklagten anscheinend tiefen Eindruck. Mit dem Kopf auf der Anklagebank, schluchz er laut. Nach der weiteren Aussage des Assessors hat Kreimer versucht, alles auf sich zu nehmen, und zwar in Rücksicht auf die Frau und das Kind. Immer hat er gesagt: „Das kleine Kind erleidet die größte Strafe. Ist es nicht doch noch möglich, daß ich alles auf mich nehme?" Überhaupt will Assessor Bahlmann bei dem Täter große Reue festgestellt haben, weniger dagegen bei Frau Typhen. Diese hat vielmehr in großer Erregung einmal zu dem Zeugen gesagt: „Der Kerl hat es gut, er liegt unter dem kühlen Rasen und wir müssen die Sache ausbaden."

Dann wird die Schwester des Täters, Bertha Kreimer, vernommen. Ihre Aussagen sind zum Teil sehr belastend für die angeklagte Frau Typhen. Die Eltern des Kreimer sahen es nicht gern, daß ihr Sohn zu der Lehrerfamilie ging. Die Zeugin erklärt, früher sei ihr Bruder ein ganz anderer Mensch gewesen. Nachdem er mit der Lehrerfamilie in Verkehr getreten sei, zeigte er sich wie umgewandelt. Frau Typhen soll auch einmal gesagt haben, daß ein Blick genüge, um Sympathie für sich zu erreichen. Noch verschiedene andere Ausführungen der Frau Typhen stellen diese in ein weniger günstiges Licht.

Dann beginnen die Plädoyers. Der **Staatsanwalt** hält die Anklage auf Mord aufrecht und beantragt für beide Angeklagte die Todesstrafe. Rechtsanwalt **Thalheim** betont, daß die Frau der Spiritus rector in der ganzen Sache gewesen sei und bezeichnet Kreimer als einen Waschlappen, der vollständig unter dem Einfluß der Frau stand und die Tat im Affekt ausführte. Die Frau wollte den Mann los sein. Kreimer hatte keinen Vorteil davon. Rechtsanwalt **Rahardt** als Verteidiger der Frau Typhen führte dagegen aus, daß Kreimer es gewesen sei, der sich für die Frau interessierte und danach trachtete, den Mann zu beseitigen. Die ganze Sache sei die Folge des unglücklichen Verhältnisses in der Lehrerfamilie, so daß das Schicksal sich an dem fraglichen Abend erfüllen mußte. Eine Anstiftung liege bei Frau Typhen nicht vor, lediglich eine Begünstigung der Tat.

Dann zog sich das Gericht zurück. Länger als eine Stunde beriet man über das Schicksal der beiden jungen Menschen. Unter höchster Spannung verkündete der Präsident kurz vor 5 Uhr

das Urteil:

Kreimer wird wegen Totschlages zu zehn Jahren Zuchthaus und zu zehn Jahren Ehrverlust verurteilt, die Frau Typhen wegen Anstiftung zum Totschlag zu acht Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust.

Der **Vorsitzende** führt zur Begründung u. a. aus: Das Gericht ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Tat wahrscheinlich ein Mord ist oder an Mord streift, daß aber immerhin Gesichtspunkte da sind, die eine Überlegung ausgeschlossen haben, so daß angenommen wird, daß Kreimer die Tat im Affekt begangen hat. Frau Typhen hat zugegeben, den Kreimer zu der Tat angestiftet zu haben. Diese Anstiftung hat auch zu der Tat geführt. Durch das Zureden der Frau ist Kreimer zu der Tat gebracht worden. Das Gericht hat lange überlegt, ob es die Frau nicht genau so oder noch härter bestrafen sollte als den Mann. Der äußere Anschein war dafür, daß das Weib diesmal der Verführer gewesen ist, zum anderen muß angenommen werden, daß sie, die Frau Typhen von ihrem Mann mißhandelt wurde und sich in großer Erregung befand.

Anscheinend nahmen die Angeklagten das Urteil ziemlich gefaßt entgegen. Der Lehrermord im Schulhause zu Holsten ist nach dem Gesetz gesühnt. Das Urteil ist wohl anders ausgefallen, als man es sich in Holsten und Salzbergen gedacht hatte. Die Erregung über diese Bluttat war groß, sehr groß. Aber nicht nach Stimmungen oder nach dem Gefühl, sondern nach Recht und Gesetz muß das Gericht sein Urteil fällen.

Durch Kaliklora weiße Zähne!

Überzeugen Sie sich doch selbst von der Güte der Kaliklora-Zahnpasta zu 80 Pfg. bezw. 50 Pfg. Wir senden Ihnen gern eine kleine Probetube gratis und franko zu. Kaliklora-Fabrik, Hamburg 19 f8821

Der Werbetag des Volksvereins.

Von Adam Stegerwald.

Der Volksverein für das katholische Deutschland rüstet sich zum 30. Oktober. Dieser Tag soll in besonderem Maße der Werbung für jene Gedanken dienen, die im Volksverein von jeher eine besonders nachdrückliche Vertretung gefunden haben. Daß der Volksverein mit der Förderung dieser Gedanken gleichzeitig auch neue Freunde und Mitarbeiter zu gewinnen sucht — und in großer Zahl gewinnen wird — ist anzunehmen und sehr zu wünschen.

Soziale Arbeit für alle Berufsstände ist die Aufgabe, die sich der Volksverein für das katholische Deutschland gestellt hat. Ohne umfassende soziale Arbeit ist bei der bevölkerungspolitischen Struktur Deutschlands und nach der Veranlagung des deutschen Volkes ein lebendiger Katholizismus nicht denkbar. Ohne Ketteler und Hitze, die die deutschen Katholiken nachdrücklichst zur sozialen Arbeit für das Volk aufgerufen haben, wäre das heutige katholische und kirchliche Leben in Deutschland ausgeschlossen. Es ist wohl nicht zu viel behauptet, wenn man die Geschlossenheit des Katholizismus im öffentlichen Leben Deutschlands, zumal auch in der parteipolitischen Auswirkung, auf die Tätigkeit des auf der Höhe seines Schaffens stehenden Volksvereins zurückführt. Manches hat sich indes im Laufe der Jahre gewandelt. Die politische Einheit des deutschen Katholizismus ist zum guten Teil Geschichte geworden. Auf sozialem Gebiete klaffen die Gegensätze tiefer denn je, auch innerhalb des katholischen Volksteils. Gewichen ist allzu häufig in Kreisen, die zur Führung des Volkes berufen sind, die klare Einsicht der für eine Neuordnung der gesellschaftlichen Zustände erforderlichen Voraussetzungen. Weltschmerzliche Verschwommenheit, Verauschung an schönklingenden, des praktischen Gehalts entbehrenden Redensarten und ein inbrünstiger Glaube an die Möglichkeit der Verwirklichung irgendeiner weltfremden Idee wechseln sich wahrnehmbar in aller Tatenlosigkeit ab. Fast scheint es so, als hätte das große Erleben des Weltkrieges und und der Vorgänge in den dann folgenden Jahren viele Menschen völlig dem sichern Boden katholischer Lebensauffassung geistig entwurzelt. Soweit nicht verschrobene Schwarmgeisterei zur Herrschaft kam, zeigt sich nur zu häufig ein Verlassen gesunden geistigen Bodens in der Hinneigung zu Gedankengängen, die einem christlicher Auffassung entgegengesetzten Lebensprinzip entstammen. Der Klassenhaß feiert Triumphe, und ein Klassenkampf wirkt sich auf allen praktischen Lebensgebieten aus. Der christliche Sinn des menschlichen Lebens ist stärkstens verschüttet worden, und daraus ergibt sich eine Entwicklung, deren Endergebnis nicht die kulturelle Höherführung unseres Volkes und der Menschheit sein kann, sondern der völlige sittliche und soziale Verfall.

Aus der stärker gewordenen rein diesseitigen Wertung des menschlichen Leben ergibt sich die Vernachlässigung der vom Volksverein stets gehegten Schätze christlicher Sozialgestaltung. Wo die Klasse als oberstes Prinzip im Zusammenleben der Menschheit gewertet, die Einzelpersönlichkeit sittlicher Gemeinschaftsarbeit enthoben wird, Gesellschaft und Staat nur Zweckorgane für den materiellen Nutzen der einzelnen sind, da entflieht der Geist, der ein Volk gesund erhält und der dem einzelnen höchsten Antrieb zur Entfaltung seiner sittlichen Kräfte zu geben weiß. Da gerät auch der Glaube ins Wanken, daß eine soziale Arbeit für alle Berufsstände möglich ist. Das universelle Denken ist da einer Alltäglichkeit gewichen, die nichts mehr als die Futterkrippe und den Kampf um diese sieht.

Im Wollen des Volksvereins für das katholische Deutschsand liegt nicht die Anbahnung eines sozialen Friedens, der durch die soziale Untätigkeit der einzelnen Berufsstände und Volksschichten erkauft wird. Kirchhofsfriede ist nicht strebendes Leben, ist nicht sozialer Friede. In jeder Gemeinschaft sollen sich die Kräfte regen und um die beste Gestaltung ringen. Die Vernachlässigung der Standesaufgaben bedeutet Stillstand und Verfall, bedeutet auch die Gefährdung des Ganzen. Gleich ob es sich um Arbeiter, um Bauern, um Handwerker und Beamte handelt — höchste Pflichterfüllung im Dienste der Standesgemeinschaft liegt im Sinne des Volksvereins. Freilich — die Wirksamkeit aller muß beherrscht sein von dem Geiste der Gemeinschaft als dem natürlichen und christlichen Lebensprinzip. In dieser Richtung wirkt der Volksverein. Er schafft so an der Kultivierung des geistigen Bodens, der Gemeingut aller Schichten und Stände sein muß.

Soziale Standesarbeit, die lediglich getragen wird von der Erkenntnis der materiellen Vorteile für den einzelnen widerspricht christlicher Auffassung. Im Wesen des Christentums liegt der natürliche Gedanke des gegenseitigen Verpflichtetseins. Vater und Mutter mühen sich nicht um die Kinder um des eignen wirtschaftlichen Vorteils. Ihre Freude ist die Erfüllung der Aufgabe, der Gemeinschaft tüchtige, pflichtfrohe Menschen zu geben. Wo die Sorgen, Mühe und Nöte der Eltern nicht mehr getragen werden wollen, ist der Verfall der Gemeinschaft durch die Fäulnis an der Wurzel angeregt. Von hier aus greift der Schwund des Gemeinschaftsgefühls weiter auf den Beruf, den Stand, die Gemeinde, den Staat, das Volk. Alles wird nur betrachtet unter dem Gesichtswinkel des materiell Nützlichen für die eigne Person. Der Gedanke der Verpflichtung in den einzelnen Organen des menschlichen Gemeinschaftslebens schwindet, und an seine Stelle tritt ein krasser Egoismus, mit dem der bessere, innere Mensch erstirbt, längst, bevor er die Erfüllung seiner Wünsche sieht.

Der Geist, von dem wirtschaftliches Wirken und soziale Tätigkeit bei einzelnen und im Stande getragen wird, ist maßgeblich für eine gesunde Wandlung der sozialen Zustände, ist bestimmend für das Ziel der Zuständereform. Volksvereinsarbeit ist deshalb im wesentlichen Bildungsarbeit, Arbeit an der richtigen Geisteshaltung des katholischen Volkes bei all seinen sozialen Regungen. Der sichere und feste Boden katholischer Weltanschauung gibt dem Volksverein die Kraft, die Entfaltung der Kräfte anzuregen deren die Erneuerung der menschlichen Gesellschaft und die Neuformung des Gemeinschaftslebens bedarf.

Der Volksverein will indes kein Verein sein, der nur die Predigtkanzel weiter in das Volk hineinrückt. Die Wandlung des Geistes ist not. Notwendig aber dazu ist die Kenntnis der realen Zusammenhänge des wirtschaftlichen, sozialen und staatsbürgerlichen Lebens. Zur klaren Erkenntnis der Aufgaben und des Zieles menschlichen Wirkens muß das Wissen um die Dinge treten, um die sich das tägliche Leben bewegt. Gibt es eine Organisation in Deutschland, die sich rühmen kann, so viel Wissen verbreitet zu haben wie der Volksverein mit seinen millionenfach verbreiteten Schriften, seinen Versammlungen, seinen Kursen? Denke man sich das Wirken des Volksvereins hinweg, und man wird unschwer erkennen, um wieviel schlechter es ohne ihn um unser volkliches Gemeinschaftsleben bestellt wäre!

Doch mit dem bereits Geleisteten kann und darf es nicht genug sein. Schwieriger als je zuvor ist heute die Meisterung der sozialen Gegensätze und die Hinführung alles ernsthaften sozialen Ringens in einem gemeinsamen Lauf dem höchsten Ziele zu. Soll der Volksverein auch in Zukunft Führer des katholischen Volkes in den sozialen Wirnissen der Zeit sein, dann gilt es, ihm die Mittel zu geben, deren er zur Bewältigung seiner Aufgabe bedarf. Vor allem bedarf er des Vertrauens des ganzen katholischen deutschen Volkes. Der Volksverein muß zu einer Volksbewegung werden, die elementar durchdringt und die Wahrheit des Gemeinschaftsgedankens zum Erfolge und zum Siege führt. Mitglied des Volksvereins zu werden und sich in den Dienst der Volksvereinsidee zu stellen muß jedem kathol. Deutschen, ob Mann oder Frau, Pflicht sein in der Erkenntnis, daß von hier aus die Kräfte ausgehen, die fruchtbares soziales Erleben wecken und das Gemeinschaftsleben gestalten im Sinne christlicher Weltanschauung, die sich im Besitz ewiger Wahrheiten weiß.

Briefkasten.

Frau Sch. Solche Pensionate sind z. B. in Freckenhorst (Franziskanerinnen von Nonnenwerth), Aachen-Burtscheid (Schwestern vom a. H. Jesus), Arenberg bei Coblenz (Dominikanerinnen).

Amelsbüren. Aufwertungshypotheken waren im Jahre 1926 mit 3 Prozent zu verzinsen.

Handel und Volkswirtschaft.

Der neue Ford verläßt das laufende Band.

Soeben ist das von ganz Amerika mit großer Spannung erwartete neue Ford-Modell im Beisein des alten Ford, seines Sohnes Edsel Ford, vom Stapel gelaufen. Im Triumphe wurde es durch die Straßen der Stadt Detroit gefahren und fand Aufstellung in dem Ford-Museum neben dem 15-millionsten Wagen des alten Modells, der „Lizzy", die so getreu ihre Dienste getan hat und die jetzt doch zu einem Museumsstück wurde. Wird auch das neue Ford-Modell die in es gesetzten Hoffnungen erfüllen, wird es auch die gigantische Produktionszahl von 15 Millionen erreichen? Der alte 65-jährige Ford scheint davon überzeugt zu sein; denn über das ganze Gesicht lachend, steht er breitbeinig da und streichelt sein neues Werk. Der Alte, dem man in letzter Zeit so oft schon Abstieg und Untergang nachgesagt hat, ist nicht unterzukriegen. Mit staunenswerter Energie hat er sich, als er merkte, daß er mit dem alten Modell nicht mehr konkurrieren könne, umgestellt. Ungeheure Summen verschlang der Reorganisationsprozeß der Ford-Werke. Man spricht von 100 Millionen Dollar. Ein Jahr lang standen die riesigen Fordschen Betriebe, die über 100 000 Arbeiter beschäftigen, unter dem Zeichen dieser radikalen Umstellung. Ein Jahr lang arbeiteten die Konstrukteure und Ingenieure an den Plänen des Fabrikationsprozesses und des neuen Modells, um den ersten Wagen, der das rollende Band verläßt, ebenso rationell bis ins Kleinste herzustellen wie das alte feuererprobte Auto. Seit einem Jahr wird die gesamte Presse der Welt sturmreif gemacht, geheimnisvolle Andeutungen über die Beschaffenheit des neuen Fordwagens wurden von Zeit zu Zeit geschickt lanciert und jetzt ist er also selbst da, das neue Wunder der Technik. Am 26. Mai hat die letzte „Lizzy" das rollende Band verlassen. Nachdem 15 Millionen von ihr im Werte von 10 Milliarden Dollar verkauft wurden.

Das neue Modell erhält den Namen „Edison Six" zu Ehren des greisen Erfinders und Freundes Henry Fords. Alle die bisher am Fordwagen so auffälligen Eigenheiten sind verschwunden. Er ist ganz dem modernen Erfordernis angepaßt, ist länger als der alte Ford, hat ein niedriges Chassis, Vierradbremse, entwickelt eine Geschwindigkeit bis zu 100 Stunden-Km. und hat andere Bequemlichkeiten, die das alte Modell vermissen läßt. Es ist ein Vier-Zylinder, der aber mit einem Motor von 8 Steuer-PS. ausgerüstet ist. Sein Preis wird sich etwas unter dem Chevrolet, der die größte Konkurrenz für die Fordschen Erzeugnisse bildet, halten. Ein gigantischer Konkurrenzkampf wird sich entspinnen zwischen General Motors und Ford, wenn erst die Massenfabrikation des neuen Modells beginnt. Wird man sich einigen oder wird man kämpfen? Niemand weiß es zu sagen. Aber der alte 65-jährige Ford, elastisch und jugendfrisch wie ein Jüngling, lacht und streichelt sein neues Modell.

8 Millionen russische Arbeitslose.

In einem Referat hatte der russische Wirtschaftler Kuibyschow Rußlands Arbeitslosigkeit eingehend geschildert. Danach liegt die Hauptursache der russischen Arbeitslosigkeit in der bäuerlichen Übervölkerung, eines Übels, welches noch von früher her, übernommen ist und nur sehr langsam angeblich abgestellt werden kann. Gegenwärtig liegen die Dinge so, daß zu Beginn des Winters acht Millionen Arbeitslose auf dem Lande anzutreffen sind, wovon 1 Million in die Städte drängt. Andere Volkswirtschaftler sollen berechnet haben, daß dieser Überfluß an Arbeitskräften um 2 Millionen verkürzt werden könnte, wenn das Programm der Intensivierung und Mechanisierung der russischen Volkswirtschaft ebenso aber das Programm der Vergrößerung der landwirtschaftlichen Anbaufläche zur Durchführung kommen werde. Selbst in diesem Fall wird also eine Abschwächung aber nie ein Verschwinden der Arbeitslosigkeit erreicht werden.

Der einzige Weg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit soll nur dann beschritten werden können, wenn es gelingt, das Tempo für die Entwicklung der russischen Volkswirtschaft gegenüber dem augenblicklichen Plan zu verdoppeln. Hierfür besteht jedoch keine Möglichkeit, da riesige Finanzmittel erforderlich sind, die nicht aufgebracht werden können. Mit Bestimmtheit versichert daher Kuibyschow, daß die Arbeitslosigkeit in Rußland auch nach 5 Jahren selbst bei vollständiger Durchführung des neuen Wirtschaftsplanes immer noch vorhanden sein wird.

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk in Essen.

9 Prozent Dividende. — Erhöhung des Grundkapitals. — Die Steuerleistung beträgt 10 Prozent des Aktienkapitals. Steigerung des Stromabsatzes.

hb. Essen, 26. Okt. Das RWE in Essen ist bekanntlich das größte gemischtwirtschaftliche Unternehmen in der gesamten Elektrizitätsindustrie Deutschlands. Die heutige Aufsichtsratssitzung dieser Gesellschaft beschloß, der am 30. November stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 9 Prozent auf die Inhaberaktien und die satzungsgemäße entsprechende Dividende auf die Namensaktien vorzuschlagen. Ferner soll der Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen RM. Aktien vorgeschlagen werden. Das bisherige Grundkapital stellt sich auf 140 Millionen RM., so daß nach der Erhöhung das Grundkapital dann 155 Mill. RM. betragen würde. Die Einzelheiten der Kapitalerhöhung werden noch festgelegt. Diese Erhöhung ist notwendig geworden zur Abgeltung verschiedener Neuerwerbungen, vor allem des Elektrizitätswerkes Siegerland. Ferner wird die Generalversammlung zu beschließen haben über die Aufhebung der Sonderrechte und Sonderbestimmungen für die Namensaktionäre. In der Bilanz erscheint die neu aufgenommene Tranche der Dollaranleihe mit 63 Millionen. Das Disagio dieser Anleihe ist zum Teil bereits abgebucht. Die Steuern und Abgaben an die öffentliche Hand betrugen laut Bericht des Vorstandes ohne Einrechnung der sozialen Lasten rund 10 Prozent des Aktienkapitals.

Bekanntlich befindet sich die Majorität der Aktien des R. W. E. in den Händen der Großstädte und Landkreise der westdeutschen Provinzen, insbesondere Rheinland und Westfalens.

Über das verflossene Geschäftsjahr wurde berichtet, daß der Stromabsatz durch die gedrückte Lage der Industrie noch bis in den Herbst 1926 gering war, daß dann erst langsam eine Steigerung des Absatzes eintrat, so daß im Geschäftsjahr trotz des Rückganges, insbesondere des chemischen Stromes, eine Steigerung auf insgesamt 1 246 315 232 kWh gegenüber 1 157 798 847 kWh im Vorjahr eingetreten ist. Weitere Einzelheiten werden nach Vorliegen des in den nächsten Tagen erscheinenden Berichtes nachgetragen.

Die heutige Aufsichtsratssitzung fand auf Anregung des Oberbürgermeisters Dr. Jarres in Duisburg statt, woran sich eine Besichtigung des modernen Hotels „Duisburger Hof" schloß.

Essener Kurenbörse.

tu **Essen**, 27. Okt. (Tel.) Der Terminmarkt war ruhig bei überwiegend schwächeren Notierungen. Auch am Kuxenmarkt war die Umsatztätigkeit klein und die Kurse neigten durchweg zur Schwäche. Von Steinkohlenkuxen wurden Langenbrahm und König Ludwig bis 1000 Mark niedriger angeboten, ohne daß es hierin zu Geschäft kam. Auch Deutschland mußten sich eine kleine Abschwächung gefallen lassen. Von Steinkohlenaktien war einiges Geschäft in Adler-Kohle und Niederrhein. Bergwerk, die je etwa 2 Prozent verloren, während sich Lothringen Bergbau, die mehrfach aus dem Markt genommen wurden, um ebensoviel bessern konnten. Sie blieben auf dieser Preisgrundlage noch weiter gesucht. Auch heute waren am Braunkohlenmarkt keine Umsätze zu verzeichnen. Auch das Geschäft am Kalikuxenmarkt war wieder minimal und die Kurse waren leicht abgeschwächt. Bolkenroda minus 25 Mk. Auch am Kaliaktienmarkt war die Umsatztätigkeit klein. Kali-Industrie waren etwa 2 Prozent, Krügershall 3 Prozent und Wittekind 1 Prozent niedriger. Von unnotierten Aktien war auch heute wieder einiges Geschäft in Kabelwerke Rheydt; die ihren Kurs um 1 Prozent steigern konnten.

Metallnotierungen.

tu **Berlin**, 27. Okt. (Tel.) Kupfer: Oktober Geld 113,5, Brief 115, November bez. 114,5, Geld 114,5, Brief 114,5; Dezember bez. 114,25, Geld 114,25, Brief 114,25; Januar Geld 114,25, Brief 114,5; Februar Geld 114,25, Brief 114,25; März Geld 114, Brief 114,5; April Geld 114,25, Brief 114,5; Mai bez. 114,25, Geld 114,25, Brief 114,5; Juni Geld 114,25, Brief 114,5; Juli Geld 114,25, Brief 114,5; August bez. 114,75, Geld 114,5, Brief 114,75; September bez. 114,75, Geld 114,5, Brief 114,75. Tendenz: kaum behauptet. Blei: Oktober Geld 41,25, Brief 42; November Geld 41,75, Brief 42,25; Dezember Geld 42, Brief 42,25; Januar Geld 42,25, Brief 42,5; Februar Geld 42,25, Brief 42,5; März bez. 42,5, Geld 42,25, Brief 42,5; April Geld 42,25, Brief 42,75; Mai Geld 42,5, Brief 43; Juni Geld 42,5, Brief 42,75; Juli bez. 42,75, Geld 42,75, Brief 42,75; August Geld 42,75, Brief 43; September bez. 43, Geld 42,75, Brief 43. Tendenz: befestigt. Zink: Oktober Geld 53,5, Brief 54,5; November Geld 53,5, Brief 54; Dezember Geld 54, Brief 54; Januar Geld 53,25, Brief 54; Februar Geld 53, Brief 53,25; März Geld 53, Brief 53,25; April Geld 52,75, Brief 53,25; Mai Geld 52,75, Brief 53,25; Juni Geld 52,5, Brief 53; Juli Geld 52,5, Brief 53,25; August Geld 52,5, Brief 53; September Geld 52,5, Brief 53. Tendenz: ruhig.

tu **Hamburg**, 27. Okt. (Tel.) Silber, Brief 78, Geld 77; Zink, Brief 54,50, Geld 53,75. Terminnotierungen. Kupfer: Oktober Brief 116,50, Geld 115; November bez. 115,50, Brief 116, Geld 115,5; Dezember bez. 116, Brief 116, Geld 116; Januar bez. 116, Brief 116,25, Geld 116; Februar bez. 116, Brief 116,25, Geld 115,75; März Brief 116,25, Geld 115,75; April Brief 116,25, Geld 115,75; Mai Brief 116,25, Geld 115,75; Juni Brief 116,50, Geld 115,75; Juli Brief 116,5, Geld 115,75; August Brief 116,5, Geld 116; September Brief 116,5, Geld 116. Tendenz: behauptet. Zinn: Oktober Brief 543, Geld 532; November Brief 538, Geld 533; Dezember Brief 535, Geld 530; Januar Brief 530, Geld 526; Februar Brief 529, Geld 525; März Brief 528, Geld 523. Tendenz: kaum behauptet.

tu **London**, 27. Okt. (Tel.) Schluß. Kupfer Standard per Kassa 56⅜—56 7/16; dito per drei Monate 56¾—56 7/16; Elektrolytkupfer 62⅝—62⅞; Best Selected 61,75—63; Zinn Standard per Kassa 264,75—264⅞; dito per drei Monate 261,50—261,75; Blei per Kassa 20 9/16; dito per drei Monate 20⅞; Zink per Kassa 26 9/16; dito per drei Monate 26 5/16; Silber per Kassa 25 13/16; dito per drei Monate 25⅝; Gold —.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

Chicago		27. 10.	26. 10.		27. 10.	26. 10.
Weizen	Dez.	124⅜	124⅝	Hafer Dez.	47⅛	47
	März	128⅝	128⅛	„ März	48⅜	48⅛
	Mai	130¼	130¼	„ Mai	49⅛	49⅛
Mais	Dez.	81⅝	81⅛	Roggen Dez.	89¼	98
	März	85¼	85⅝	„ März	100⅞	100⅛
	Mai	88¼	83⅜	„ Mai	102⅛	102⅛

New-York		27. 10.	26. 10.		27. 10.	26. 10.
Weizen	Domestic Sept.	—	—	Weizen Bonded Okt.	—	—
	Dez.	—	126¼	Dez.	—	—

Locopreise.

Chicago	27.10.	26.10.	New-York	27.10.	26.10.
Weizen			Weizen		
Rot. Som.-Wint. Nr. 2	—	—	Manitoba Nr. 1	150⅝	149⅝
Hart. „ „ „	—	125	Rot Som.-Wint. Nr. 2	147⅝	146⅝
Gemischter Nr. 2	—	—	Hart. „ „	133⅝	136⅝
Hart. Som.-Wint. Nr. 3	—	—	Mais, neu auf. Ernte	90⅝	90¼
Mais, geth Nr. 2	82⅜	84⅛	Roggen, Nr. 2 fob. N.Y.	99⅛	109½
Hafer, weiß Nr. 2	51	49⅜	Gerste, Malting	91	91
Roggen, Nr. 2	102	—	Mehl, Spring wheat clears	650—680	650—690
Gerste, Malting	73-75	71-83			

Frachten: Fracht nach England [2] . . . . . 27. 10. 2,6—3,6; 26.10. 3—3,6
„ „ Kontinent [3] . . . . . 12—14; 12—14

Anmerkung: [1]) Per 196 lbs. [2]) In Shilling und Pence per 480 lbs [3]) In Dollarcents per 100 lbs

Baumwollnotierungen.

tu **Bremen**, 27. Okt. (Tel.) Terminschlußkurse. Dezember 22,95—22,98; Januar 22,93—22,95; März 22,83—22,88; Mai 22,85—22,89. 22,71—22,79. Tendenz: stetig.

tu **Liverpool**, 27. Okt. (Tel.) Schluß. Oktober 11,03; Dezember 11,23; Januar 11,25; März 11,22; Mai 11,20; Juli 11,11. Tendenz: kaum stetig. Umsätze: 8 000.

tu **Newyork**, 27. Okt. (Tel.) Eröffnung: Oktober —; Dezember 21,10—21,20; Januar 21,27—21,33; März 21,50—21,54; Mai 21,62—21,68; Juli 21,48—21,52. Tendenz: fest.

tu **Newyork**, 27. Okt. (Tel.) Zweites. Oktober —; Dezember 21,13; Januar 21,20; März 21,38; Mai 21,51; Juli 21,37. Tendenz: fest. Zufuhr: 75 000 Ballen.

tu **Newyork**, 27. Okt. (Tel.) Schluß. Dezember 20,73—76; Januar 20,82—83; März 21,01—05; Mai 21,13—17; Juli 21,00; Oktober —. Loko: 21,15. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 27. Okt. (Tel.) Eröffnung. Oktober —; Dezember 21,40; Januar 21,41; März 21,70; Mai 21,76; Juli —. Tendenz: kaum stetig.

tu **New Orleans**, 27. Okt. (Tel.) Zweites. Oktober —; Dezember 21,33; Januar 21,40; März 21,56; Mai 21,60; Juli —. Tendenz: fest.

tu **New Orleans**, 27. Okt. (Tel.) Schluß. Dezember 21,05 bis 21,09; Januar 21,11—13; März 21,25—28; Mai 21,25; Juli 21,10; Oktober 19,50. Loko: 21,09. Tendenz: stetig.

Handelsnachrichten.

Die preußischen Sparkassen im September 1927. Im Monat September 1927 sind die Spareinlagen bei den preußischen Sparkassen um 54,2 Millionen RM. auf 2 782,1 Millionen RM. am Ende des Berichtsmonats (Einzahlungen 261,7 Millionen RM. Rückzahlungen 207,5 Millionen RM.) angewachsen. Die Giro-, Scheck-, Kontokorrent- und Depositeneinlagen stellten sich Ende September auf 775,6 Millionen RM. (Einzahlungen 1750,1 Millionen RM., Rückzahlungen 1810,6 Millionen RM.).

Kölsch-Fölzer-Werke A.-G., Siegen. In der heutigen Hauptversammlung waren 2,3 Millionen RM. Stammaktien sowie sämtliche Vorzugsaktien vertreten. Die Versammlung genehmigte ohne Erörterung die Regularien. Nach Mitteilung der Verwaltung sind die Aussichten sehr günstig. Es liegt ein Auftragsbestand vor, der den Werken volle Beschäftigung für 5 bis 6 Monate gewährt. Wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, so kann mit einem befriedigenden Ergebnis gerechnet werden.

Stolberger Zinkhütten A.-G., Aachen. In der heutigen Sitzung wurde der Halbjahresbericht entgegengenommen, der unter Berücksichtigung der gefallenen Metallpreise befriedigte. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Aufsichtsrat über die zwischen Mansfeld und Stolberger Zink stattgehabten Besprechungen, über die Möglichkeit eines industriellen Zusammengehens der beiden Gesellschaften berichtet.

Dresdner Nähmaschinenwirnfabrik A.-G., Dresden. — Keine Dividende. Wie berichtet wird, soll das Geschäftsjahr der Gesellschaft bisher leidlich verlaufen sein. Besonders die badischen Betriebe sollen gut arbeiten. Wegen vorhandener Bankenschulden soll mit Ausschüttung einer Dividende nicht zu rechnen sein. Über Behebung des zur Zeit bestehenden Kapitalmangels sind Beratungen noch nicht gepflogen worden.

Horchwerke A.-G., Zwickau. Die außerordentliche Hauptversammlung genehmigte die vorgeschlagene Erhöhung des Aktienkapitals um 2 012 000 RM. Stammaktien auf 5 Millionen RM. Die neuen Aktien sind ab 1. November 1927 dividendenberechtigt. Sie werden von einem Konsortium unter Führung der Commerz- und Privatbank, Berlin, zum Kurse von 106 Prozent übernommen. 1 992 000 RM davon werden den alten Aktionären zum Bezuge angeboten und zwar in der Form, daß auf nom. 900 RM. alte Aktien 600 RM. junge Aktien zur Kurse von 106 Prozent entfallen. Der Geschäftsgang wird allgemein als befriedigend bezeichnet. Das Geschäftsjahr dürfte wohl so zum Abschluß kommen, daß eine Dividende von 8 Prozent (0 Prozent im Vorjahre) zur Verteilung kommen kann.



Die Geburt eines prächtigen

Jungen

zeigen in dankbarer Freude an

Kurt Gonnermann
Liesel Gonnermann
geb. Engelhardt

Münster,
Dodostraße 11

z. Zt. Mathildenstift

f8913n

---

†

Das Jahres-Seelenamt
für unsere liebe Mutter

Ww. Karl Schöler verw. Heck
Hermine geb. **Lichtschlag**

findet statt am Samstag, den 29. Okt., morgens 8 Uhr in der Kirche Hl. Kreuz, wozu Verwandte und Bekannte freundlichst eingeladen werden. *w

Emil Heck, Annemarie Schöler.

---

†

Das Jahres-Seelenamt
für den verstorbenen

Regierungs-Präsidenten z. D

Graf F. v. Merveldt

findet am **Samstag**, den 29. ds. Mts., vormittags 9½ Uhr im Hohen Dom statt. *w

---

Theater der Stadt Münster

Wochenspielplan vom 24 Okt bis 30. Okt

Tag	Uhr	Vorstellung	Pr.	Miete
Fr	19.45	Die Journalisten (Lustsp.)	3	F.V.B.
Sa	19.45	Gräfin Mariza (Operette)	4	
So	15.15	Die verlorene Tochter (Lustsp.	3	
	19.30	Hoffmanns Erzählungen (Oper	4	

Café Kaiserhof

Freitag, den 28. Okt. 1927

Historischer Abend

der Künstlerkapelle *w

Edmund Kaspar

Sonntag, 30. Okt. 1927
nachmittags 16 Uhr
in der Stadthalle

1. Städtisches Konzert

Leitung: **Dr. Richard von Alpenburg**
Orchester: **Städtisches Orchester**
Solisten: **Fritz Frier** (Violine) **Max Renner** (Cello) **Paul Eberhard** (Klavier)

Ibach-Flügel aus Pianohaus Heinr. Niemann

Beethoven

Jugend Symphonie (Jenaer) Tr pelkonzert für Violine, Cello, Klavier und Orchester s8797jw
VII Symphonie

Eintrittskarten: Laube 1 —, Saal 0 75
Stammkarten für alle 8 Konzerte: Laube 7.—, Saal 5 —.



nur **3.–** bis 4.– M. pro Woche bei 10 % Anzahlung

Parlophon Columbia

Auf Wunsch 10 Platten zu jedem Apparat

R. Bohle & Co., K.-G.

Filiale Münster i. W.
Alter Fischmarkt 21

Zu verkaufen

148 Webstühle, 42—70 Zoll breit, Schnellläufer, Oberschläger, **2 Zettelmaschinen** mit Patent-Gatter Schlafhorst, **1 Schlichtmaschine**, 2 Meter breit, 9 Trommeln, Sucker, **2 Spulmaschinen** für conische Kreuzspulen, Schlafhorst, Zubehör für komplette Weberei, mehrere Elektromotore und Transmission, alles nur einige Jahre in Betrieb gewesen.

Angebote unter G E 1885 an **Ala, Haasenstein & Vogler, Köln.** f8888)r

---

Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechmaschinen

Aufbewahrung von Fahrrädern während des Winters. Günstige Teilzahlung. Platten in grosser Auswahl. s8920g

Königstraße 43 **Clemens Döbbeler,** Steinfurterstraße 12

Statt Karten

Die glückliche Geburt unseres kleinen

Carl-Heinz Heinzemann

zeigen wir in herzlicher Freude an

Heinz und Emmy Höfte/Geschermann

Meppen, den 25. Oktober 1927
Schützenhof 34 *y

Lesebuch

für landwirtschaftliche Schulen mit Sprachlehre und Rechtschreibung für den deutschen Unterricht an landwirtschaftlichen Schulen.

Herausgegeben von
Dr. phil. **Joh. Janning,** Leiter der Schulabteilung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen.
W. Tillmann, Direktor der Landwirtschaftsschule. **H. Pieper,** Rektor.

Bei Einführung weitestgehende Erleichterung.

5.—6. Auflage :: Ganzleinen 3.90.

Prüfungsexemplare senden wir auf Wunsch sofort.

Nur ein Urteil von vielen:
Nach der Durchsicht dieses Lesebuches bin ich zu dem Urteil gekommen, daß wir hier ein Buch erhalten haben, wie es der Büchermarkt für landwirtschaftl. Schulen m. W. nicht aufzuweisen hatte.

Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster i. Westf.

Tanzlehrer Wr. Estinghausen

Ein Kursus f. Kaufl., Beamte, Stud. beg. Aufg. Nov. Meldg. erb. zw. 12 u. 15 Uhr. An einem Prim. Kursus können noch Damen (Schülerinnen) teilnehmen. Ludgeristraße 91 — Tel. 1564. f4924)r

---



HABIG HÜTE

Haupt-Niederlage:

Otto Liessem

Liessemhaus **Salzstraße 14/15**

Das führende Haus in Herrenhüten.

f8781)t

Einen Hochgenuß
bereiten die
Flaschenbiere
der
Dortmunder Ritterbrauerei A.-G.

Sie sind in der Brauerei in Dortmund direkt vom Lagerfaß abgefüllt.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.

Vertrieb in Münster durch
Carl Albert, Lererstraße 1.
— Telephon 4692. — *8070r

Trauerzettel u. Totenbriefe

werden schnell und billig angefertigt in der
Aschendorffschen Buchdruckerei.

Kath. Frauen- u. Mütter-Verein St. Martini.

†

Unser Mitglied
Frau Theresia Wessel
ist gestorben. Die Beerdigung ist am Sonntag 3 Uhr vom Trauerh. Mutterstraße 19 aus. Das Seelenamt Montag 8 Uhr in der St. Martini-Pfarrkirche. Unsere Mitglieder werden dazu frdl. eingeladen. *a

Nienhoff, Pfarrer.

Autofahrten
Fernruf 1589.
f8060a

Die neuzeitliche Behandlung aller Fußböden geschieht mit

Mop

der heute in keinem Haushalt fehlen darf.
Bitte um Beachtung meines Spezialfensters.

Schwanen-Drogerie
Ferd. Meyhöfener Nchf.
Rothenburg 39 40
f8 06)a



Räumungs-Ausverkauf
wegen
Geschäfts-Verlegung!
Gardinen
Dekorationsstoffe
Rolostoffe
usw. usw.
zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Gardinen-Zentrale
Rothenburg 18.
f8855)a

Rolladen Jalousien



Franz Sing Münster i. W.
Hammerstrasse 53

Beste Qualitätsarbeit zu billigsten Preisen
Reparaturen.

Gottesdienstordnung der Synagogen-Gemeinde
Freitag abend 5½ Uhr
Samstag morgen 9 Uhr



entfernt auch die gröbste Beschmutzung, desinfiziert, ist sparsam im Verbrauch und pflegt die Haut. f8549gw

Verlangen Sie in den einschlägigen Geschäften ausdrücklich nur **Tremat.**
Verkaufspreis 45 Pfg. Normalpackung
75 Pfg. Doppelpackung.

General-Vertretung:
Osnabrück, Elkayo - Handels-Ges.
Süsterstraße 5.

Zum Christus-Königs-Fest

Vergiß nicht deine Gabe für die **erste „Christus-Königs-Kirche"** in der Diaspora — in Stettin.

Gaben bitte senden an: **Pfarrer Leo Schmitz, Stettin,** Klosterstr. 4 III oder **Kath. Pfarr-Amt „St. Otto"** Postscheckkonto Stettin 5023. *8577w

---

Sprechapparate
Vox u. Voxonette

wöchentlich **3,— Mk.**

Platten
von 2,— b. 10,— M.

Federn
u. sämtl. Zubehör



Die neue Klang-Musik

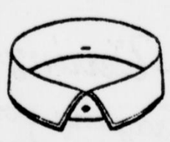
J. Riegelmeyer
Frauenstraße 34. f8916a

In 14 Tagen wurde ich von einem dreifachen

Frau Rauhfleisch

durch Gebrauch von Obermeyers Medizinal-**Herba-Seife** vollständig befreit, schreibt B. Geller in Rotterdam. Per Stück M. – 65, 3 % verstärkt M. 1.– Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apoth., Drog. u. Parfüm.

Journal-Lesezirkel
10 Zeitschr. schon von Mk 1.00 monatl. an
Bücher-Leihbibliothek
über 6000 Bde. Laufend Neu-Aufnahmen
Prospekte bitte ich zu verlangen.
Buchhandlung Aug. Greve
Drubbel 5/6 f4555)y



form **Tribun**
Macco 4 fach
3 Stück M. 2.25
vorrätig bis 50 cm Weite, 3½, 4, 4½ u. 5 cm hoch

Joh. Heinr. Jansen
Geschäft 1, Bogenstraße 10,
Geschäft 2, Salzstraße 58,
Geschäft 3, Servatiiplatz.
r723xn

Rheila Perlen
Ärztlich hervorragend begutachtet bei **Husten** und **Heiserkeit.**
Das Ideal für den Raucher.
Dem Sänger und Redner eine unentbehrliche Hilfe.
Der Talisman des Sporttreibenden
M 1.- in Apotheken und Drogerien
Markt-Drogerie H. Nienkemper f8909x

Schauburg

Münster i. W. **Am Servatiiplatz**

Ab 28. Oktober:
Ein Tagesgespräch
wird unser diesswöchiger Spielplan. Der würdigste
deutsche Großfilm



Ein Tag der Rosen im August
da hat die Garde fortgemußt . . . .

Regie: **Max Mack.**

Ein ergreifender Film aus den bewegten Augusttagen 1914 und dem Zeitalter des Transozeanfluges. Außer **Alfred Abel, Ernst Rückert, Eduard v. Winterstein, Margarethe Schön** u. a. m. wirkten in diesem Film mit: **Gerd Briese,** früheres Mitglied des hiesigen Stadttheaters und Hauptdarsteller in dem bekannten Film:
Rosenmontag.

Es handelt sich bei diesem Film nicht um einen Kriegsfilm, sondern um ein Volksstück im besten Sinne des Wortes, das niemand versäumen sollte.

Hierzu bringen wir:
Das große Naturwunder
Alaskas weiße Wunderwelt

Der **gewaltigste** bisher gezeigte **Naturfilm,** voll **natürlicher Sensationen,** aufgenommen unter der Regie von Kapitän **Jack Robertson.**
Der Film bringt unvergeßliche Bilder vom Eisgang auf dem Yukon und der Entstehung der Eisberge sowie nie gezeigte Aufnahmen von der
Mitternachtssonne.
Und der übrige Spielplan.

Sonntag 11½ Uhr
Früh-Vorstellung
Alaskas weiße Wunderwelt
Ermäßigte Preise
Unendliche haben Zutritt

Qualitätsmarken
in
Strumpfwaren
M. Leps
s8119r

Feuerversicherungsgesellschaft
sucht für ihre gut eingeführte
Haupt-Agentur Münster
infolge vorgerückten Alters ihres bisherigen Platzvertreters, gewandten, tätigen
Herrn als Nachfolger.
Solvente Herren, welchen an einer angenehmen Tätigkeit gelegen ist, wollen bitte Offerten unter **O C 268** an die Annoncen-Exped. **Friedel Metje, Hannover,** einreichen.
h9991)r

Landwirtschaft
mit 25 Morgen Acker und Wiesen, verbunden mit Kolonialwaren-Geschäft und Bäckerei, in kath. Gegend des Kreises Tecklenburg habe ich bill. zu verkauf. Antritt sofort. Außerd. bin noch 2 **Kotten** zur Größe von 50 und 28 Morgen im Emslande zum Kauf.

C. Hinrichs,
Münster i. W. f4923
Aegidiistraße 46.

Heiratsgesuch!

Kath., arbeitsfreud. Mädchen sucht die Bekanntschaft eines kath. Landwirts od. Handwerkers zwecks Heirat. Gute Aussteuer vorhanden. Offert. mit Bild, welches zurück sandt wird, unter W W 613 an die Geschäftsstelle. *

Kaufe kleineres **Haus,** möglichst mit etw. Garten. Lage einerlei Off. u. **K K 605 an Geschft.***

Auf kleineres Gut bei Münster, 17—18 Morg. groß, suche ich erste Hypothek von 9—10 000 **Mark** zu 10 Prozent Zinsen. Offert. unter WW 1812 an Geschft. *

— Nachhilfe —
in Französisch u. Englisch von einer Dame für eine Schülerin der Unterterta gesucht *
Off. mit Preisang. unter **N N 604** an Geschft.

Offene Wohnungen

Behaglich eingericht. Zimmer mit Dauerbr. und elektr. Licht zum 1. November zu vermieten. *8065
Jägerstr. 16, II.

Ruhig. möbl. Zimmer mit el. Licht u. Zentralheizung per sofort an 1 oder 2 Herren zu vermieten. *8062
Bremerstraße 28.

Möblirtes Zimmer mit voller Pension zu vermieten. *
Heerstraße 49, pt.

Gesuchte Wohnungen

Zwei Buchdrucker suchen zum 1. oder 15. November ein gut möbl.

Zimmer
mit 2 Betten,
Nähe des Münsterischen Anzeigers.
Offerten mit Preisang. unter **M M 570** an die Geschäftsstelle. *a

2 Brüder, Kaufleute solide, suchen für sofort oder zum 1. 11. gut **möbl. Wohn- u. Schlafzimmer,** nur im Zentrum der Stadt. Off. unter C C 1813 an die Geschäftsstelle. *

Architekt sucht gut **möbl. Separatzimmer.** Offert mit Preisang. unter **A B 5653** an die Geschäftsstelle. s8851

Möbl. Zimmer
gesucht mit Klavierbenutzung, in Nähe der Autobuslinie zu den Kliniken. Angeb. unt. **T W 5669** an die Geschäftsstelle h9994

Lehrerin sucht **leeres Zimmer** od **Mansarde.** Bezahlt den Raum wie möbl. Zimmer. * Offert. unt. **S S 614** an die Geschäftsstelle.

Dringend möbl. Zimm. gesucht. **Mietwohnung,** f4926) Bogenstraße 19.

Zahle 2000 Mark
Mietsvorschuß für eine abgeschlossene *
5-Zimmer-Wohnung
in der Altstadt. Gefl. Angeb. unter **R R 610** an die Geschäftsstelle.

Gesucht zum 1. 4. 28 oder früher *8069
herrschaftl. Wohnung
von 7—8 Zimmern und Zubehör, oder **Einfamilienhaus.** Off. unt. **H J 1799** an Geschft.

MORGEN

Zauberfahrt der Euglena

IN DER

MÜNCHNER JLLUSTRIERTEN